

Bernhardt, Wolfgang

**Working Paper**

**30 Jahre nach dem Fall der Mauer: Einheit in Zweiheit?**

Working Paper, No. 161

**Provided in Cooperation with:**

University of Leipzig, Faculty of Economics and Management Science

*Suggested Citation:* Bernhardt, Wolfgang (2019) : 30 Jahre nach dem Fall der Mauer: Einheit in Zweiheit?, Working Paper, No. 161, Universität Leipzig, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Leipzig

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/200217>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



UNIVERSITÄT  
LEIPZIG

Wirtschaftswissenschaftliche  
Fakultät  
Faculty of Economics and  
Management Science

Working Paper, No. 161

Wolfgang Bernhardt

**30 Jahre nach dem Fall der Mauer**  
**Einheit in Zweiheit?**

Juli 2019

ISSN 1437-9384

30 Jahre nach dem Fall der Mauer

Einheit in Zweiheit?

Zum neuen Meinungsstreit über die deutsche Einheit, die Treuhandanstalt, Wahrheits- und Versöhnungs-Kommissionen und Ost-Fürsorge:

Es handelt sich um den erweiterten Text eines Vortrags, den der Verfasser am 29. Mai 2019 im Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie in Leipzig gehalten hat.

I.	Rückblick	
1.	Irrungen und Wirrungen vor (Ost-)Landtagswahlen	4
2.	Der Konkurs einer ganzen (Volks-)Wirtschaft	9
3.	Die Treuhandanstalt als Konkursverwalter	10
4.	Die Verdienste der Treuhandanstalt (und ihrer Aufbauhelfer)	11
5.	Nachläufer und "Leerstellen" (Mängelliste)	15
II.	Einblick / Lage Ost	
1.	Falsche Erwartungen und Erinnerungen	17
2.	Recht auf Arbeit vor Ort	17
3.	Verödende Landschaften	20
4.	Freiheit (und ihr Preis)	21
5.	Verluste: Alltagstugenden, Heimat und kleines Glück	22
6.	Misstrauen Besatzung / Besetzung / Asylfrage	23
7.	AfD, Chemnitz, "Hetzjagden"	24
8.	Leistungen / Erfolge Ost und "Nacharbeit"	26
III.	Einblick / Lage West	
1.	Verschiebung der (Grund-)Prägung / Strukturwandel	30
2.	Politische Verschiebung	32
3.	Die Kosten der Einheit und die Leistungen des Westens	34
4.	Angela Merkel als Verkörperung des Umbruchs	36
5.	Weltanschauliche Verschiebung	37
IV.	Ausblick	
1.	Dank, Respekt und Nüchternheit	41
2.	Geduld und langer Atem	43
	Literaturverzeichnis	45
	Zur Person	47

Kommt ein Wessi des Wegs und sagt  
zum Ossi: "Keine Ressentiments. Was  
soll das alles?! Wir sind ein Volk!"  
Sagt der Ossi: "Wir auch."

(Nach-Wende-Witz)

In Verbindung mit dem 30. Jahrestagtag des Falls der Mauer [und dem 29. Tag der deutschen Einheit] hat sich – fast wie aus dem Nichts – eine neuerliche Diskussion über die Folgen der Zusammenführung von Ost und West in einem Staat so wie die Rolle (und die Folgen) der Treuhandanstalt ergeben. Die Zeitungen, Zeitschriften und das Fernsehen sind voll davon.

Es werden große Feierlichkeiten – sie sind schon angekündigt – mit vielen staatsfraulichen und staatsmännischen Reden stattfinden, (partei-)paritätisch natürlich; ihr Tenor wird nicht zuletzt von den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen (in den Monaten September und Oktober 2019) bestimmt sein<sup>1</sup>, hoffentlich ohne zu viel Wehklagen und falsche (politische) "Lieder".

---

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 38 vom 14. Februar 2019, Seite.11 ("Revolutionsweg").

## I Rückblick

### 1. Irrungen und Wirrungen vor (Ost-)Landtagswahlen

Die Liste der Wortmeldungen ist schon jetzt mehr als lang, ihr Inhalt ist weithin eine Wiederholung alter Analysen und Beschwerden; hinzu kommen neue Entwicklungen wie die AfD und der "Rechtsruck" in den neuen Ländern. Der Einfallsreichtum der Politiker ist groß, zumal vor Wahlen.

Vieles ist dem (All-)Tag geschuldet. Über den Tag hinaus sind (Grundsatz-) Artikel von Kennern der ostdeutschen "Landschaft" wie Richard Schröder oder Wolfgang Thierse von Gewicht und Bedeutung.<sup>2</sup>

Die Aufregung im Osten ist groß. So hat der (seinerzeitige) Generalsekretär der sächsischen CDU und heutige Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, Michael Kretschmer, am 23. November 2017 auf die Frage,

"Braucht der Osten nach wie vor besondere Aufmerksamkeit?"

geantwortet:

"Ja, weil sich die wirtschaftliche Lage seit 17 Jahren so gut wie nicht verändert. Das kann nicht so bleiben."<sup>3</sup>

Kann man das – verantwortungsbewusst – wirklich so sagen?<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. u.a. Schröder, Richard: Was ist mit dem Osten los? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. August 2005. Seite 9, Bollmann, Ralph: Danke Ossi! In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 26. Oktober 2014. Seite 22, Sinn, Gerlinde und Hans-Werner: Die deutsche Vereinigung als Vorbild für Europa. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Oktober 2015. Seite 22, Thierse, Wolfgang: Respekt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Februar 2018. Seite 7 und Köcher, Renate: Fremd im eigenen Haus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Januar 2019. Seite 8.

<sup>3</sup> Michael Kretschmer im Gespräch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 272 vom 23. November 2017. Seite 4 ("Wir sind eine Volkspartei und keine Volkserzieher").

<sup>4</sup> Ähnlich fordernd Möhring, Mike, Landesvorsitzender der CDU in Thüringen: Einheit in Vielfalt ist das Ziel. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 10 vom 12. Januar 2019. Seite 10.

Martin Dulig, (SPD-)Wirtschafts- und Arbeitsminister des Freistaats Sachsen (und Ostbeauftragter der SPD), hält es an der Zeit, "den marktradikalen Umbruch in den 90-iger Jahren aufzuarbeiten". Zu diesem Zweck schlägt er vor, "eine gesamtdeutsche Wahrheits- und Versöhnungskommission einzusetzen ... Die Kommission soll aufarbeiten, was geschehen ist, gegensätzliche Perspektiven aus Ost und West zusammenzubringen und so einen Prozess der Versöhnung ermöglichen."<sup>5</sup>

Zu den SPD-Rufern im Streit gehört insbesondere auch die sächsische Integrationsministerin Petra Köpping.<sup>6</sup>

Duligs Vorgänger als Ostbeauftragter der SPD (bis 2002), Rolf Schwanitz, hat das noch anders gesehen, bis heute:

"Heute scheint das alles längst vergessen. Nur so ist erklärbar, dass nun sogar aus den Reihen der Sozialdemokraten die Legende von einer effizienten DDR-Wirtschaft aufgewärmt wird, einer Wirtschaft, die von 1990 an angeblich planvoll und weiträumig von Westdeutschen mittels Treuhand zur Marktbereinigung vernichtet worden sei. Die DDR-Wirtschaft war nicht effizient, sondern eine sozialistische Planwirtschaft. Die Betriebe wurden enteignet, entscheidende wirtschaftliche Anreize und die Einheit von ökonomischem Risiko, Verantwortung und Haftung beseitigt. Der zentrale Planungswahn trennte die Betriebe vom Markt. Hinzu kamen Fehlanreize, etwa eine bis in die achtziger Jahre hineinreichende, den Betrieben verordnete Tonnenideologie: Nur Masse zählte. Der wirtschaftliche Dirigismus führte selbst Großinvestitionen ins ökonomische Abseits. Die Menschen, die in den Betrieben unter solchen Bedingungen arbeiten mussten, trugen für diese Fehler keine Verantwortung. Im Gegenteil: Sie können stolz darauf sein, was trotz alledem damals durch ihren Fleiß und ihr Improvisationstalent immer noch gelang."<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Dulig, Martin, Mit den Augen des Ostens. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 244 vom 20. Oktober 2018. Seite 8.

<sup>6</sup> "Dem Westen wird alles in die Schuhe geschoben!" Petra Köpping im Gespräch mit Richard Schröder. In: DIE ZEIT / Zeit für Sachsen Nr. 18 vom 25. April 2019. Seite 10.

<sup>7</sup> Schwanitz, Rolf: Die Treuhandanstalt war nicht schuld. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 9 vom 1. März 2019. Seite 7.

Was soll man davon halten? Allein schon die Dulig-Sprache ist verstörend, um es vorsichtig auszudrücken. Wir sind weder im Südafrika der Nach-Apartheid-Zeit noch in Argentinien nach der Militärdiktatur der 70 / 80-iger Jahre oder in Chile der Pinochet-Herrschaft (1973 bis 1990).

Es gab keinen "marktradikalen Umbruch in den 90-iger Jahren", und schon gar nichts spricht für eine "gesamtdeutsche Wahrheits- und Versöhnungskommision", die "aufarbeiten" soll, was geschehen ist und "einen Prozess der Versöhnung ermöglichen".

Wer soll wen mit wem versöhnen? Und um welche Wahrheit geht es?

Bei so viel wohlmeinenden(!) Ratschlägen dürfen Bündnis 90 / Die Grünen nicht fehlen. Kathrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, hat eine entsprechende Idee beigesteuert und gefordert: "die Bundesregierung müsse sich verpflichten, von nun an jede neue Bundesbehörde und jede neue Forschungseinrichtung in Ostdeutschland anzusiedeln."<sup>8</sup>

Doch es gibt keinen Mangel an Behörden und Bürokraten, weder im Osten noch im Westen. Es wäre Abbau statt Aufbau vonnöten.<sup>9</sup> Der Osten braucht Unternehmer und Unternehmen, keine (weiteren) Ämter.

Inzwischen hat sich auch Franziska Giffey (SPD), Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, zu Wort gemeldet. Frau Giffey, gebürtige Brandenburgerin, beklagt, dass "in Vorständen großer Unternehmen nur 6% Frauen vertreten sind" und findet es "mindestens genau so skandalös", dass "nur 2% der Vorstände aus ostdeutschen Ländern stammen ... Es gibt ein Ungleichgewicht in den Führungsetagen des Landes. Ostdeutsche können wir auf der

---

<sup>8</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Januar 2019. Seite 4 ("Grüne für Behörden im Osten"). Vgl. dazu auch Pergande, Frank: Eine Idee für ostdeutsche Wahlkämpfe. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 1 vom 6. Januar 2019, Seite 8 und ähnlich schon Lohr, Julia. Landverschickung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 5 vom 7. Januar 2019. Seite 15.

<sup>9</sup> Möhring, Mike: Einheit in Vielfalt ist das Ziel. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 10 vom 12. Januar 2019. Seite 10.

obersten und in den mittleren Führungsebenen mit der Lupe suchen ... Der Osten muss mitgedacht werden, er muss endlich eine stärkere Rolle spielen." <sup>10</sup>

Was soll man dazu sagen? Führungspositionen in der Wirtschaft werden nach Qualifikation und Leistung und nicht nach dem Geburtsort oder Geburtsland vergeben.

Sollte es etwa auch zwischen den alten Bundesländern einen "Führungsausgleich" geben, etwa zwischen Bremen, Rheinland-Pfalz und Bayern? Das wäre doch die logische Folge.

(Wahl-)Not macht erfinderisch.

Spät, aber noch nicht zu spät vor den Wahlen hat die Linke von sich hören lassen und fordert einen neuen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Treuhand. Für Dietmar Bartsch, den Fraktionschef der Linken im Bundestag, ist "der Schaden, den die Treuhand angerichtet hat, bis heute eine wesentliche Ursache für den ökonomischen Rückstand des Ostens und für politischen Frust vielerorts."<sup>11</sup> Er will "die Treuhandwunde heilen".<sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> Giffy, Franziska: Interview mit der Frankfurter Rundschau Nr. 299, Weihnachten 2018. Seite 3 ("Es ist Zeit, dass wir Hass und Hetze entgegentreten").

<sup>11</sup> Frankfurter Rundschau Nr. 93 von Ostern 2019, Seite 17 ("Treuhand-Trauma") und Decker, Markus / Sternberg, Jan: Nur Linke und AfD für den Treuhand-Ausschuss. In: Frankfurter Rundschau Nr. 102 vom 2. Mai 2019. Seite 5.

<sup>12</sup> Bartsch, Dietmar: Die Treuhandwunde heilen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 129 vom 5. Juni 2019. Seite 8, Decker, Markus: Linke will Treuhand-Untersuchungsausschuss. In: Frankfurter Rundschau Nr. 135 vom 13. Juni 2019. Seite 5.

Inzwischen hat sich die SPD in einem "Ostkonvent" am 6. April 2019 in Erfurt mit einem "Zukunftsprogramm Ost" zu Wort gemeldet und dort die Forderungen ihrer Ost-Repräsentanten unterstrichen.<sup>13</sup> Statt "Wahrheitskommission" ist jetzt von einem "Dialog über die Nachwende" die Rede, der der Versöhnung und Versachlichung dienen soll.<sup>14</sup> Die Debatte um eine "Gedenkstätte für den Transformationsprozess der DDR" (Platzek / SPD) liegt auf der gleichen Linie. Die Kosten sollen 200 oder 300 € Mio. und mehr betragen.<sup>15</sup>

Worum es in Wirklichkeit geht, ist Geld, viel Geld, mehr Geld. Die Mitteldeutsche Zeitung in Halle bringt dies in ihrer Ausgabe vom 4. April 2019 unmissverständlich zum Ausdruck, wenn es dort heißt:

"Der Unmut in Ostdeutschland ist nicht mehr zu leugnen. Und in der zweiten Jahreshälfte stehen hier drei Landtagswahlen an. Alle Parteien haben viel zu gewinnen – und zu verlieren. Zunächst geht es um Geld. Geld für die Strukturhilfen nach dem Ausstieg aus der Braunkohle, Geld auch für Sonderrenten. Die Ost-Ministerpräsidenten machen an der Stelle mächtig Druck – mit Recht. Denn das Fenster der Gelegenheit ist bis zum 27. Oktober, dem Tag der Landtagswahl in Thüringen, offen. Danach schließt es sich wieder, weil danach andernorts gewählt wird. Ähnliches gilt für eine gerechtere Verteilung von Bundesbehörden, bei denen es sich um lukrative Jobs, also letztlich ebenfalls um Geld, dreht."<sup>16</sup>

Auch die CDU-Ministerpräsidenten aus dem Osten sind nicht allzu weit entfernt von solchen oder ähnlichen Ideen und schon gar nicht von (Geld-)Forderungen.

---

<sup>13</sup> Zukunftsprogramm Ost. Jetzt ist unsere Zeit unter: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/Zukunftsprogramm\\_Ost\\_LangBB.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/Zukunftsprogramm_Ost_LangBB.pdf) (Abruf: 28. Mai 2019).

<sup>14</sup> Carstens, Peter: Erst die Aufmerksamkeit, dann das Geld. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 82 vom 6. April 2019, Frankfurter Rundschau Nr. 83 vom 8. April 2019. Seite 5 ("Für die Neuerfindung des Ostens"), Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 83 vom 8. April 2019. Seite 10 ("Mit Angst in die Zukunft"), Carstens, Peter: Die Fehler der anderen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 83 vom 8. April 2019, Seite 4 und Kolhoff, Werner: Selbstbewusstsein gesucht. In: Badisches Tagblatt Nr. 83 vom 8. April 2019.

<sup>15</sup> Decker, Markus: Ostdeutsche Erfahrungen bewahren. In: Frankfurter Rundschau Nr. 116 vom 20. Mai 2019. Seite. 6

<sup>16</sup> Mitteldeutsche Zeitung vom 4. April 2019, Seite 6 ("Ein Fenster der Gelegenheit").

Aktuell muss sogar die deutsche Außenpolitik für die Wahlkämpfe im Osten erhalten: der sächsische (CDU-)Ministerpräsident Kretschmer möchte die "wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Russland schrittweise abbauen": auch sollte die Gasleitung Nord Stream 2 "unbedingt realisiert werden". In Ost-Deutschland gebe es eine "andere" Sensibilität gegenüber Russland als im Westen.<sup>17</sup> Auch der (CDU-)Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, wünscht sich "konstruktive Gespräch mit Russland".<sup>18</sup> Die (Landtagswahl-)Not muss groß sein!

## **2. Der Konkurs einer ganzen (Volks-)Wirtschaft**

Die Menschen im Osten schwanken zwischen Zufriedenheit und Unzufriedenheit.

Zu den tief sitzenden Enttäuschungen haben viele Umstände beigetragen:

1. ein falscher Erwartungshorizont im Osten aus "Vor-Mauer-Zeiten", geprägt durch West-Fernsehen, Verwandtenbesuche und "Care-Pakete" ("enttäuschte Liebe");
2. Unkenntnis von Markt und Wettbewerb bzw. Missverständnis, was eine Marktwirtschaft von einer Planwirtschaft unterscheidet, einen Unternehmer von einem "Staatsdiener";
3. das gut gemeinte Versprechen "blühender Landschaften", die sich nicht so und nicht so schnell einstellen wollten (und einstellen werden);
4. mangelnde Kenntnis / Gewissheit über das Ausmaß des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der Überalterung der ostdeutschen Betriebe / Unternehmen;
5. fehlende Produkte für den Weltmarkt (und jedes Marketing).

---

<sup>17</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 132 vom 8. Juni 2019. Seite 4 ("Kretschmer wirbt für Aufhebung der Russland-Sanktionen") und Seite 8 ("Kretschmers Blindheit").

<sup>18</sup> Haseloff, Reiner: Konstruktiv mit Russland sprechen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 142 vom 22. Juni 2019. Seite 10.

Das ganze Ausmaß der Misere hat sich erst im Laufe der Zeit herausgestellt; viele Hoffnungen haben getrogen wie so oft bei einer Insolvenz und einer Neuordnung, die nach allen Erfahrungen immer länger dauert und immer teurer wird als gedacht. "Konkursverwalter" (und ihre Mitarbeiter) sind im Übrigen nirgendwo willkommen.

Die Industrie ist keine Caritas.

### **3. Die Treuhandanstalt als Konkursverwalter**

Die Treuhandanstalt war von Anfang an ein Streitgegenstand, je länger, je mehr, weil Grundüberzeugungen von der Ordnung einer (Volks-)Wirtschaft im Widerstreit lagen. Das konnte auch gar nicht anders sein [und wird so bleiben].<sup>19</sup>

Aber das ändert nichts daran, dass die Treuhandanstalt wirtschaftlich ein Erfolgsmodell war und sich Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften hier zu einem beispielhaften Miteinander zusammengefunden haben, natürlich mit – auch großen – Fehlern und Fehlentscheidungen, wobei aber an (Massen-)Entlassungen kein Weg vorbeiführte.

Dazu war die Substanz viel zu abgewirtschaftet und desaströs.

Im Übrigen sind durchaus neue, blühende Landschaften und industrielle Kerne entstanden, z.B. in der Chemie (Leuna) oder in der Automobilindustrie (Dresden, Leipzig, Erfurt) mit modernsten Industrieanlagen und Produktionsstätten.

Natürlich bleiben Grundsatzfragen, die man so oder so entschieden hat oder hätte entscheiden können. Dazu gehört vorrangig die Eigentumsfrage und der Grundsatz: "Rückgabe vor Entschädigung".

---

<sup>19</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 94 vom 23. April 2019. Seite 19 ("Das Treuhand-Trauma ist immer noch da").

Natürlich waren nicht nur Heilige aus dem Westen im Osten unterwegs, auch Söldner waren darunter, aber das waren Ausnahmen (noch dazu unter dem gegebenen zeitlichen Druck).

Natürlich gab es Seilschaften

- alte (Ost- / SED-) Seilschaften,
  - neue (West-) Seilschaften
- und
- gemischte Ost- / West-Seilschaften.

Natürlich gab es Lug und Betrug und "Abenteurer" jeder Art und Güte ("wilder Osten") – wen wundert das beim Zusammenbruch eines Landes und einer ganzen (Volks -)Wirtschaft.

#### **4. Die Verdienste der Treuhandgesellschaft (und ihrer Aufbauhelfer)**

4.1 Das ändert nichts daran, dass Hunderte und Tausende "Aufbauhelfer" aus dem Westen dem Ruf der Treuhandanstalt / Politik gefolgt sind; sie sind engagiert und selbstlos ans Werk gegangen, z. T. unter großen persönlichen Opfern (wenn man nur an die Büro- und Wohnungsverhältnisse denkt, von mangelnden Telefonen und anderen technischen Hilfsmitteln ganz zu schweigen).

Es war ein großes Gemeinschaftswerk – das Detlev K. Rohwedder, der erste Präsident der Treuhandanstalt, ein erfahrener Industrieller (und Sozialdemokrat) mit seinem Leben bezahlt hat (erschossen am 1. April 1999); seine Nachfolgerin, Frau Birgit Breul (CDU) musste mit erheblichen persönlichen Einschränkungen leben. Das alles sollte keiner vergessen.

- Die Rohwedder-Vorgabe für die Arbeit der Treuhandanstalt lautete: "Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen."

Das schließt viele – ebenso selbstlose – Helfer aus den neuen Bundesländern ein, ohne die vieles nicht oder so nicht gegangen wäre (in meinem

GPH-Fall beispielsweise der Generaldirektor der alten HO, Helmut Zacher, auf den immer Verlass war).

Bei alledem sind die Ministerpräsidenten nicht zu vergessen, die aus dem Westen kamen und im Osten hervorragende Arbeit geleistet haben wie Kurt Biedenkopf in Sachsen und Bernhard Vogel in Thüringen (und jetzt Bodo Ramelow in Thüringen – ein ursprünglicher Hesse –, der nüchterner formuliert als seine Kollegen im / aus dem Osten).<sup>20</sup>

"Die zentrale Frage ist, wie wir die Ostdeutschen dazu kriegen, einen natürlichen Stolz auf das in 28 Jahren Erreichte zu entwickeln und zu sagen, wir haben Transformation durchlebt und gestaltet, wir sind wie in Thüringen ökonomisch erfolgreich, und wir haben das hinter uns, was Ihr vor Euch habt und können viel voneinander lernen.

...

Es ist dieses schiefe Bild des Ostens, das uns das Leben schwer macht. Wir reden mehr über das, was nicht klappt, als über das, was klappt.

...

Ja, das ist auch ein Problem der Selbstwahrnehmung. Viele haben sich 28 Jahre lang als Verlierer wahrgenommen. So wird am Ende sogar das, was gut ist, oftmals schlechtgeredet."

Inzwischen hat Ramelow die Nüchternheit verlassen. Er wünscht sich eine neue deutsche Nationalhymne.<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Ramelow, Bodo Interview mit Markus Decker. In: Frankfurter Rundschau Nr. 19 vom 23. Januar 2019. Seite 6 ("Wer will schon dahin, wo es schlecht ist?").

<sup>21</sup> S. dazu Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 108 vom 10. Mai 2019. Seite 4 ("Ramelow für neue Hymne") und Rheinische Post Nr. vom 10. Mai 2019. Seite A4 ("Brauchen wir 'ne neue Hymne?").

- 4.2 Die neuerliche Kritik an der Treuhandanstalt<sup>22</sup> (mit den alten Argumenten) ist untauglich und führt nicht weiter. Es macht im Übrigen keinen Sinn, offene Wunden, die sich langsam geschlossen haben oder schließen, wieder aufzureißen bzw. neues Salz in alte Wunden zu streuen. Das Versagen vieler ostdeutscher Politiker in den Jahren 1990 ff. führt zu keiner anderen Beurteilung; es wäre besser gewesen, die (Ost-)Fahnen in den letzten 30 Jahren höher zu halten, statt in den wenigen Wochen und Monaten vor den nächsten ostdeutschen Landtagswahlen 2019 in die alte "Mottenkiste" zu greifen.

Wichtig zu wissen (und keineswegs zu vergessen): es gab / gibt – anders als in der Sowjetunion oder in anderen Ländern des alten Ostblocks – in den ostdeutschen Ländern keine "Oligarchen", die sich die DDR-Wirtschaft oder wesentliche Teile unter den Nagel gerissen hätten (oder hätten reißen können); gleichzeitig keine Monopole und (fast) keine Korruption – dank der Treuhandanstalt. Das kann man gar nicht laut genug sagen.

- 4.3 Die Eigentumsfrage war auch bei der (HO-)Handelsprivatisierung ein Kernpunkt. Die ungeklärten Eigentumsverhältnisse mit ihren unterschiedlichen "Spielarten" haben vieles verzögert oder versäumt. Aber wer hätte an die Stelle der alten Eigentümer treten sollen: der Bund, die Länder oder Kommunen (mit ihren mangelnden Erfahrungen und ihrer unvorbereiteten und ungeschulten personellen Ausstattung)? Gleichzeitig ist auf diesem Wege vermieden worden – kein geringes Verdienst –, dass sich "Landräuber" über die alte DDR hergemacht haben (und hermachen konnten).

---

<sup>22</sup> S. Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 116 vom 22. Mai 2018. Seite 10 ("Ein Symbol der Zerschlagung"), Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 120 vom 26. Mai 2018. Seite 8 (Leserbrief: "Das nicht zu vermeidende Dilemma"), Interview Marcus Böick in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung Nr. 30 vom 19. Juli 2018. Seite 24 ("Die Treuhand lebt"), Hoffmann, Dierk: Transformation einer Wirtschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 216 vom 17. September 2018. Seite 6, Schwanitz, Rolf: Die Treuhandanstalt war nicht schuld. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 9 vom 1. März 2019. Seite 7, Philipp, Wolfgang: Verkannt Treuhandanstalt. Leserbrief in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 136 vom 14. Juni 2019. Seite 29.

Zum 40-jährigen HO-Jubiläum 1988 / 89 gehörten zum "volkseigenen Einzelhandel" 21.600 Geschäfte und 8.000 Gaststätten, 14 CENTRUM-Warenhäuser und 32 Interhotels mit insgesamt 305.000 Beschäftigten.<sup>23</sup>

Wer weiß noch, wie es damals (1989 ff.) wirklich war, als alles aus den Fugen geriet und die – auch tägliche – Not groß war?

Kennzeichnend / beispielhaft dafür ist ein Brief von Horst Pastuszek, Mitglied des Vorstands Tchibo Holding AG und Mitglied des THA-Verwaltungsrats, an den Vorstand der Treuhandanstalt (Rohwedder) vom 3. September 1990. Es ging um die Lebensmittel des täglichen Bedarfs.

Pastuszek sah die Versorgungssicherheit als akut gefährdet an – Weihnachten 1990 stand vor der Tür. In seinem Schreiben vom 3. September 1990 heißt es:

"Wenn aus diesem Gefüge die nach Größe und Lage interessanten Geschäftslokale, nämlich die Kaufhallen, überwiegend von Filialbetrieben und anderen Unternehmen herausgekauft oder angemietet werden sollten, die ihrerseits nicht bereit sind, für eine Übergangszeit auch die kleinen Ladengeschäfts mitzuversorgen, so ist die Versorgungssicherheit akut gefährdet."

Die GPH hat das mit ihren Privatisierungs-Eckpunkten verhindert.<sup>24</sup>

So war die Lage vor Weihnachten 1990. Eile war geboten (zumal die Menschen West-Ware kaufen wollten, nichts anderes, schon gar nicht DDR-Waren!).

---

<sup>23</sup> Zahlen und Fakten zur Leistungsfähigkeit und historischen Entwicklung. 40 Jahre Volkseigener Einzelhandel. Im: Nachdruck des Zentralverordnungsblatts Nr. 51 vom 16. November 1948. Seite 3.

<sup>24</sup> Vgl. zu den Eckdaten der HO-Privatisierung Bernhardt, Wolfgang: Die Privatisierung des Handels in den neuen Bundesländern. ZfB-Ergänzungsheft 1/93. Seiten 39 – 52, hier S. 40.

Am Rande und nicht nur am Rande.

Es war kein Vergnügen, von morgens bis abends (wirtschaftlicher) Not zu begegnen, Menschen tausendfach zu enttäuschen und von einer Insolvenz zur nächsten zu "springen".

Ein Konkurs bleibt ein Konkurs, allemal der Konkurs einer ganzen (Volks-)Wirtschaft. Daran können auch die schönsten Worte nichts ändern, Politiker-Worte schon gar nicht.

## **5. Nachläufer und "Leerstellen" (Mängelliste)**

Trotz aller – unbestreitbaren – Erfolge seit 1989/90: Das Ende der Wegstrecke ist noch nicht erreicht; es bleiben "Leerstellen" auf dem Weg zur Einheit (von der Zweiheit).

Hier drei (Ost-)Beispiele, die Gewicht besitzen:

### **Bundestagsverwaltung**

Es ist sicher ein falsches Wegzeichen, wenn die Bundestagsverwaltung in Berlin bis heute ein "vornehmlich westlicher Klub" geblieben ist.<sup>25</sup> Aber die Ursache ("Schlendrian") ist dort zu suchen, in Berlin, nicht im alten Westen.

---

<sup>25</sup> Decker, Markus, Ostdeutsche? Fehlanzeige. In: Frankfurter Rundschau Nr. 27 vom 1. Februar 2019. Seite 8.

## **Gerichtspräsidenten**

Ähnlich ist es mit den Präsidenten der obersten Landesgerichte (25), die alleamt unverändert aus dem Westen kommen.<sup>26</sup> Das hat im Zweifel mit Ausbildung und Berufserfahrung zu tun. Vor allem aber ist es Sache der ostdeutschen Ministerpräsidenten und ihrer Justizminister, hier für die "richtige" Besetzung zu sorgen. Mit dem Westen hat das nichts zu tun.

Ein neuer Strafsenat des BGH in Leipzig erscheint unter solchen Vorzeichen "nur als Minimalerfolg für Ost-Deutschland."<sup>27</sup>

## **Universitäten (Rektoren)**

Die Frage der fehlenden ostdeutschen Rektoren und Präsidenten der Universitäten in Ostdeutschland liegt ähnlich.<sup>28</sup> Hier sind – neben der Selbstverwaltung – die dortigen Kultusministerien angesprochen.

## **Bundeskabinett**

Die Klage über fehlende Ostdeutsche im Bundeskabinett gehört nicht zu den "Leerstellen". Einmal gab es solche – wenig überzeugenden – Minister (wie Günther Krause). Vor allem kommt die – alles überragende – Bundeskanzlerin seit 2005 Angela Merkel (mit Richtlinienkompetenz) aus dem Osten. Was kann man sich dort mehr wünschen? (vgl. dazu näher unter Kapitel III).

---

<sup>26</sup> Melzer, Thomas: Der andere Stallgeruch. In: DIE ZEIT Nr. 52 vom 13. Dezember 2018. Seite 12, Decker, Markus: Spitzenjuristen nur aus dem Westen. In: Frankfurter Rundschau Nr. 19 vom 23. Januar 2019. Seite 7 und Hirte, Christian im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau Nr. 32 vom 7. Februar 2019. Seite 6 ("Jeder, der rumjammert, der soll sich mal in Osteuropa umsehen").

<sup>27</sup> Locke, Stefan: Frasierter Rutsch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 275 vom 26. November 2018. Seite 8.

<sup>28</sup> Badisches Tagblatt Nr. 33 vom 8. Februar 2019 ("Kein Rektor aus Ostdeutschland").

## **II Einblick / Lage Ost**

Trotz aller überragenden (Einheits-)Erfolge besteht – zunehmend – Enttäuschung, Missstimmung und vielfältige (West-)Ablehnung in Ostdeutschland.<sup>29</sup>

Woran liegt es? An falschen Erwartungen, an mangelnder Geduld, an Missverständnissen, an den sog. weichen Faktoren?

Einige Stichworte lauten:

### **1. Falsche Erwartungen und Erinnerungen**

Gleiche / gleichartige / gleichwertige Lebensverhältnisse gibt es – wenn überhaupt – in wenigen Ländern / Staaten, nicht in Italien, in Spanien, Frankreich und schon gar nicht in den USA, auch nicht in der alten Bundesrepublik mit ihrem wirtschaftlichen Gefälle von Nord nach Süd mit Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Die "Umwandlung" des Freistaats Bayern von einem Agrar- in ein Industrie-Land hat Jahrzehnte gedauert.

Ohne – viel – Geduld geht es nicht.

### **2. Recht auf Arbeit vor Ort?**

Ein "Recht auf Arbeit", wie es in der Verfassung der DDR verankert war (Artikel 15 i. d. F. vom 7. Oktober 1949), kann es in einer freien Wirtschaft nicht geben, auch nicht in einer sozialen Marktwirtschaft – gegen wen sollte es sich richten? Schon gar nicht auf einen Arbeitsplatz "vor Ort" und vor der Haustür – wie es offenkundig noch immer missverstanden wird. Das "Recht" auf Arbeit als

---

<sup>29</sup> Vgl. Hirte, Christian (CDU), Ostbeauftragter der Bundesregierung im Interview. In: Frankfurter Rundschau Nr. 32 vom 7. Februar 2019. Seite 32 ("Jeder, der rumjammert, der soll sich mal in Osteuropa umsehen").

Leitlinie / Zielvorstellung staatlichen Handelns bleibt davon unberührt und hat sich gerade in den letzten 10 – 15 Jahren in (Gesamt-)Deutschland bewährt.

Eine Arbeitsplatzgarantie vor Ort gibt und gab es auch nirgendwo in den alten Ländern, schon gar nicht in der Zeit des Zusammenbruchs und Wiederaufbaus 1945 ff., mit den Millionen Heimatvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, mit dem westdeutschen "Wirtschaftswunder" und der Währungsreform von 1948 – vergleichbar mit dem DDR-Neubeginn nach 1989 / 90.<sup>30</sup>

Ganze Industrien sind in den letzten Jahrzehnten auch im Westen verloren gegangen. Dafür stehen stellvertretend das Ruhrgebiet und die Saar (Kohle und Stahl),<sup>31</sup> die deutsche Textil- und Papierindustrie oder der (kleine / mittlere) Einzelhandel. Die Zeit ist darüber hinweggegangen. Auch hier mit dem Verlust von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen.

Vor allem hat sich nach 1990 die "industrielle Statik" weltweit verändert; die Stichworte lauten "Globalisierung" und "Industrie 4.0", die eine Industrie im landläufigen Sinne nicht mehr sein wird – und eine große Mobilität von allen Beteiligten verlangt, allemal innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik; während der Arbeitswoche oder durch Wegzug für ein ganzes Arbeitsleben.

"Bequemlichkeit" / mangelnde Mobilität hat ihren Preis, der sich in fehlenden oder schlechter bezahlten Arbeitsplätzen niederschlägt.

Das haben Millionen im Osten seit 1990 ebenso gesehen. Sie sind zur Arbeit in den Westen übergesiedelt oder pendeln täglich oder wöchentlich von Ost nach West (in Teilen auch umgekehrt). Viele von ihnen werden im Zweifel im Alter in ihre angestammte Heimat zurückkehren.

– Die Zahlenangaben über die Wanderungsbewegung schwanken. Die jüngsten Daten stammen von ZEIT-online. Sie zeigen, dass nach der

---

<sup>30</sup> Plickert, Philip: Generalstreik gegen die Marktwirtschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 261 vom 9. November 2018. Seite 17.

<sup>31</sup> Siehe dazu Koch, Brigitte: Vom Wandel an Rhein und Ruhr. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 148 vom 29. Juni 2019. Seite 17.

Wiedervereinigung fast ein Viertel der ursprünglichen Bevölkerung Ostdeutschlands in den Westen zog.<sup>32</sup> In 2017 haben sich die Zahlen "umgedreht"; es gibt in 2017 erstmals mehr Umzüge von West nach Ost als umgekehrt.<sup>33</sup>

Das war / ist ein tiefer Einschnitt (wobei es große Wanderungsbewegungen auch im Westen gegeben hat, beispielsweise in NRW), aber das vielfältige "Jammern" trifft nicht den Kern. Richard Schröder hat Recht, wenn er schreibt:

"... Bei diesem Vergleich schneidet Ostdeutschland glänzend ab, was Lebensstandard, Infrastruktur, Arbeitsproduktivität, auch die schwerer messbare Rechtsstaatlichkeit, korrekte Verwaltung und Korruptionsanfälligkeit betrifft. Unter den anderen ehemals sozialistischen Ländern erreichen die Besten ein Drittel der ostdeutschen Werte. Das liegt vor allem daran, dass die Transformation von der Diktatur zur Demokratie und von der zentralistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft in Ostdeutschland mit der Vereinigung zusammenfiel und durch weiter östlich schier unvorstellbare Transferleistungen aus Westdeutschland massiv abgedeckt worden ist.

...

Vom Fall des Eisernen Vorhangs haben die Ostdeutschen am meisten profitiert. Das wollen sie aber lieber nicht wahrhaben. Das hängt wohl mit einer Schattenseite der Demokratie zusammen: Nur wer klagt, gewinnt. Nach meinen Maßstäben ist diese vorteilheischende Jammerei ein Mangel an Selbstachtung und Ehrlichkeit. Aber das lassen wir hier mal lieber beiseite."<sup>34</sup>

Die Erwartung, dass westdeutsche Unternehmen ihre Betriebe und Konzerne mit ihrer Hauptverwaltung nach Osten verlagern würden, war von vorneherein ein unerfüllbarer Wunschtraum. Wie sollte das gehen, mit gewachsenen

---

<sup>32</sup> Die Millionen, die gingen. Unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug> (Abruf: 03.06.2019).

<sup>33</sup> <https://de.statista.com/infografik/17425/wanderungen-zwischen-west--und-ostdeutschland/> (Abruf: 03.06.2019).

<sup>34</sup> Schröder, Richard: Deutschland, einig Vaterland. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Oktober 2015. Seite 8. Auch "Zuspruch" aus dem Westen hilft nicht weiter, weil die vermeintlichen DDR-Wohltaten zum Zusammenbruch der DDR geführt haben (siehe Herl, Michael: Könnte man von der DDR lernen? In: Frankfurter Rundschau Nr. 139 vom 18. Juni 2019. Seite 10).

Strukturen und (welt-)erfahrenen (Mitarbeiter-)Stäben? Warum sollten sie?  
Richard Schröder hat dazu bemerkt:

"Es werden keine Großbetriebe umziehen, warum auch? Und es werden auch keine Konzernzentralen umziehen. Denn Aufbau Ost als Abbau West, das kann nicht funktionieren. Schließlich hat selbst der heilige Martin nur den halben Mantel abgegeben. Wie die Wanderungsstatistik belegt, gibt es dennoch Grund genug, im Osten zu bleiben und in den Osten zu gehen – oder eben nicht. Und das ist gut so."<sup>35</sup>

Richard Schröder ist nicht irgendwer: Er war evangelischer Pfarrer, lehrte Philosophie an den kirchlichen Hochschulen in Naumburg (Saale) und Berlin sowie Theologie und Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität, führte die SDP(SPD)-Fraktion in der einzigen frei gewählten DDR-Volkskammer, war Verfassungsrichter des Landes Brandenburg und gehört dem Beirat der Stasi-Unterlagen-Behörde an.

### **3. Verödende Landschaften**

Verlassene Dörfer und "verlorene Landstriche" gibt es hier wie dort, Dörfer ohne Arzt, Apotheke, Gaststätten, kleine Geschäfte – und ohne Internet und Breitbandanschluss.

Zukunft braucht Herkunft.

Da ist nichts zu beschönigen, im Osten und im Westen.

Am Rande und nicht nur am Rande:

Des vermeintlichen Guten ist im Überschwang (und in der Eile des "Gefechts") gelegentlich zu viel geschehen, im Großen und im Kleinen. So hätte man den alten Palast der Republik in Berlin als Ost-Symbol besser stehen lassen sollen

---

<sup>35</sup> Schröder, Richard: Deutschland, einig Vaterland. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Oktober 2015. Seite 8.

als ihn abzureißen und durch den Wiederaufbau des Alten Schlosses zu ersetzen, Asbest hin, Asbest her.<sup>36</sup>

Die fortdauernde Trennung (Teilung) zeigt sich exemplarisch auch in der verkauften Auflage der überregionalen Zeitungen F.A.Z. / SZ / Welt in West und Ost. Zuvor waren alle Versuche gescheitert, einen Neuanfang zu machen: die F.A.Z.-Gruppe mit der (neuen) Neue Zeit, die 1994 wieder eingestellt wurde, und Gruner + Jahr, die die Berliner Zeitung mit großem Aufwand zu einer deutschen "Washington Post" machen wollten – vergeblich.

Die alten DDR-Bezirkszeitungen leben, westlich gewandet / gewandelt, fort.<sup>37</sup>

#### **4. Freiheit (und ihr Preis)**

Freiheit ist faszinierend: Redefreiheit, Reisefreiheit, Berufs(wahl)-Freiheit, Arbeits(platz)-Freiheit, Freiheit von Handel und Wandel.

Aber Freiheit ist anstrengend; und Wohlstand fällt nicht vom Himmel.<sup>38</sup>

Vergangenheit verklärt, auch eine sozialistische Vergangenheit. (Scheinbare) Wohltaten bleiben in Erinnerung, ob sie am Ende zum Ruin der DDR geführt haben oder nicht.

Die Politik hat sich verschätzt oder nicht hingeschaut und den Dingen ihren (falschen) Lauf gelassen.

Das ist nichts Neues, so lange keine Wahlen anstehen. Im Jahr 1992 habe ich dazu in der F.A.Z. geschrieben:

---

<sup>36</sup> Vgl. auch Pilz, Michael: Deutsche Demokratische Republik. In: DIE WELT vom 20. Juni 2019. Seite 21.

<sup>37</sup> Herkel, Günter: "Zwischen staatlicher Zensur und entfesselter Marktwirtschaft". Unter <https://mmm.verdi.de/medienwirtschaft/zwischen-staatlicher-zensur-und-entfesselter-marktwirtschaft-59081> (Aufruf: 27.06.2019).

<sup>38</sup> Frankfurter Rundschau Nr. 6 vom 8. Januar 2019, Seite 18 ("Freiheit ist anstrengend").

"Keine Sorge: Lange vor der nächsten Bundestagswahl werden die gebratenen Tauben wieder fliegen, in großer Zahl und im Tiefflug, so daß sie für jeden greifbar nahe zu sein scheinen."<sup>39</sup>

## 5. **Verluste: Alltagstugenden, Heimat und kleines Glück**

Es sind die sog. Sekundärtugenden (Lafontaine), die Alltagstugenden, die im Zuge der Wiedervereinigung weithin unter die Räder gekommen sind, auch "weiche Faktoren" genannt: menschliches Miteinander, Hilfsbereitschaft, Gemeinsinn, Nachbarschaft und Nachbarschaftshilfe, das "kleine Glück" in der Datscha am Wochenende und in den Ferien, ein Stück Zuhause, das selbstverständliche Miteinander außerhalb des staatlichen (und politischen) Bereichs.

Freundschaft, Geborgenheit, Heim, Heimat, Wärme.

Parallel dazu sind Selbstvertrauen, Selbstsicherheit und Selbstgewissheit verloren gegangen.

Am Rande und nicht nur am Rande:

Es gibt – und gab – keinen Nachholbedarf für das Selbstverständnis und das Selbstbewusstsein der ostdeutschen Frauen. Sie haben ein Übermaß der DDR-Last getragen, im Beruf und in der Familie, auch **nach** der Wende.<sup>40</sup> Sie brauchten – und brauchen – keinen Frauentag.

"Und so wird in den Familien, die den Frauentag damals schon unerfreulich fanden, nur gelacht über die Nachricht, dass die Stadt Berlin nun den 8. März als staatlichen Feiertag begehen wird. Oder es wird

---

<sup>39</sup> Bernhardt, Wolfgang: So fremd wie nach dem Krieg die Amerikaner. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 230 vom 2. Oktober 1992. Seite 13.

<sup>40</sup> Decker, Markus. Fremde Schwestern werden Brüder. In: Frankfurter Rundschau Magazin Nr. 100 vom 30. April / 1. Mai 2019. Seite 21. Brandes, Tanja / Decker, Markus: Ostfrauen verändern die Republik. Berlin. 2019

geschimpft. Oder nur mit den Achseln gezuckt: typisch Berlin halt, atheistisch bis zum Umfallen. Denn die Länder im Norden haben sich gerade für den Reformationstag entschieden." <sup>41</sup>

Auf dem Weg von der SED zur PDS und dann zur Linken ist den Menschen vielleicht auch ein Teil der "Kümmerer" verloren gegangen(?). Die SPD hatte von Anfang an kein Gefühl für die Einheit (Lafontaine); und die Linke ist mehr und mehr eine West- und keine Ostpartei (Lafontaine und Sahra Wagenknecht).

## **6. Misstrauen Besatzung / Besetzung, Asylfrage**

Misstrauen gegen alles und jedes ist von jeher ein "Obersatz" im Osten, zumal Misstrauen gegen alles "Fremde": Ausländer, Vietnamesen, Chilenen und Polen – und natürlich "Wessies" (und ihre fehlende Wertschätzung).

Die Flüchtlings- / Asylfrage hat die Vorbehalte noch verschärft. Die neuerliche "Überfremdung" musste wie eine Art Sprengsatz wirken.

- nach der sowjetischen Besatzung 1945 ff.
- nach den DDR-Vertragsarbeitern wie Vietnamesen oder Chilenen, um nur zwei Beispiele zu nennen
- nach den Westdeutschen (in den Jahren 1989 ff. )

Die Ost-Deutschen hatten noch nicht zu sich selbst gefunden (und / oder zu den Westdeutschen), nach dem Verlust des eigenen Lebensmodells.

Das war / ist aus der Sicht der Menschen "zu viel" und musste zu entsprechenden "Abstoßungseffekten" führen. "Zu viel ist zu viel" sagt ein Sprichwort (und der Blick auf Ungarn und Polen zeigt, worum es hier geht).

---

<sup>41</sup> S. Rosenfelder, Lydia. Berlins 8. März. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 3 vom 27. Januar 2019. Seite 8.

"So fremd wie nach dem Krieg die Amerikaner", habe ich dazu in der F.A.Z. vom 2. Oktober 1992 geschrieben.

Vielleicht haben die früheren Ernte-Einsätze und andere "freiwillige" sozialistische Frondienste wie das Nationale Aufbauwerk dazu beigetragen, die Bereitschaft zu freiwilligen sozialen Diensten verkümmern zu lassen.

## 7. AfD, Chemnitz, "Hetzjagden"

Das **AfD**-Thema überlagert zurzeit vieles: nach Dresden (PEGIDA) und nach Chemnitz. Ist "der Osten" ausländer**feindlicher**, faschistischer, nationalistischer als der Westen? Wo liegen die tieferen Gründe? Wie viele der "Fremdenhasser" kommen wirklich aus dem Osten (und wie viele aus dem Westen), um welchen harten Kern handelt es sich?

Bei alledem darf nicht in Vergessenheit geraten, was in Hamburg im Jahre 2017 anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels gewesen ist – Horden von Chaoten, die gegen rund 31.000 Polizisten alles kurz und klein geschlagen haben, es jedenfalls versucht haben. Wie war die personelle Zusammensetzung aus den alten und neuen Bundesländern und / oder aus dem Ausland?

Vorsicht vor schnellen Antworten ist also geboten.

Offenkundig besteht im Osten eine "Leerstelle", in die die "Ewiggestrigen" hineindrängen (wobei die furchtlosen Gegendemonstrationen im Osten sehr wohl der Rede wert sind!).

Am Rande und nicht nur am Rande:

Rechte, Rechtspopulisten, Rechtsradikale jeder Art und (Un-)Güte / Faschisten gibt es auch anderweit, im Westen Deutschlands und in West- und Ost-Europa, wie die Ergebnisse der Europawahlen vom 26. Mai 2019 zeigen. Proteste und Protestwahl aller Orten!

Natürlich ist Chemnitz und alles, was sich mit diesem Namen verbindet, ein Menetekel, schon für sich genommen, aber ebenso sicher ist: die Politik und die Medien (Stichwort "Hetzjagden") haben Chemnitz erst zu Chemnitz gemacht und als Brandbeschleuniger gewirkt: die Politik durch den Streit zwischen CDU und CSU und den Streit in der GroKo in Verbindung mit der Personalie Hans-Georg Maaßen (Präsident des Verfassungsschutzes); die Medien, Fernsehen, Zeitschriften, Zeitungen, die durch ihre – häufig maßlose – Berichterstattung in Wort und Bild den "Aufstand" erst "hochgeschrieben" haben.<sup>42</sup>

Warum ist "Hamburg" so schnell aus der (Medien-)Öffentlichkeit verschwunden? Warum hat die Politik das nicht lautstark problematisiert, statt sich an Chemnitz abzuarbeiten?

Was ist mit der Rottenbildung und den Verwüstungen im Hambacher Forst (rheinisches Braunkohlerevier), während es in der Lausitz – bisher – ruhig bleibt?

Was war mit dem Silvester 2015/2016, den Krawallen und Straftaten jeder Art und "Güte" um den Kölner Hauptbahnhof?<sup>43</sup>

Und jüngsten Datums: der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke wurde in Hessen und nicht in Sachsen ermordet (und auch nicht in einem der anderen ostdeutschen Bundesländer).

---

<sup>42</sup> Vgl. dazu Locke, Stefan: Am Ort der Entladung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 267 vom 26. November 2018. Seite 3 und Mika, Bascha: Einfallstor für rechte Ideologien. In: Frankfurter Rundschau Nr. 267 vom 16. November 2018. Seite 2.

<sup>43</sup> Vgl. auch Badisches Tagblatt Nr. 67 vom 20. März 2019 ("Mehr Straftaten gegen Asylbewerber im Südwesten. Unrühmlicher zweiter Platz hinter Sachsen").

## 8. Lebensleistungen / Erfolge Ost und "Nacharbeit"

Unter all' diesen "Vorzeichen" ist so etwas wie eine Nach-DDR- oder Neu-Ost-Identität entstanden, der Traum von einem Westen mit den vermeintlichen Gewissheiten / Sicherheiten des Ostens; eine Fata morgana<sup>44</sup> mit einem Stück "Aufstand" und "Gegenwehr" in Richtung Westen.

"Mehr Zuwendung für die neuen Länder"<sup>45</sup> wird nur beschränkt helfen, worin immer die Zuwendung – außer Geld – bestehen soll. Die Ostdeutschen werden wie jeder andere das Geld nehmen oder mitnehmen (Stichworte: "Rentenmauer" oder "Tarifmauer"). An ihrer Einstellung zur alten Bundesrepublik wird es nichts ändern, weil es um "Gefühle" und das Gesamtbild des (Ost-)staatlichen Rahmens geht.<sup>46</sup>

Nüchternheit ist gefragt, keine (politischen) Traumtänzereien.

Die ostdeutsche Journalistin und Buchautorin Jana Hensel hat in der F.A.Z.-Konferenz "Denk ich an Deutschland" am 15. März 2019 davon gesprochen, der Osten sei jedenfalls mental, politisch und sozial so verschieden vom Westen, dass er gesondert angesprochen werden müsse. Wir wissen aber nicht, ob er ansprechbar ist."<sup>47</sup>

---

<sup>44</sup> Über die prägende Kindheit und Jugend in der DDR siehe die – scheinbar heitere – treffende Darstellung von Jochen Schmidt (und Jochen Schmitt mit David Wagner). Die "alt-gedienten / gelernten" DDR-Bürger werden den Spagat zwischen gestern und morgen nur schwierig, wenn überhaupt schaffen.

Schmidt, Jochen / Wagner, David: Drüben und Drüben. Zwei deutsche Kindheiten. Reinbek bei Hamburg. 2014 und Schmidt, Jochen: Gebrauchsanweisung für Ostdeutschland. München/ Berlin. 2015. Vgl. auch Löhr, Julia. Die neue Ostalgie. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 91 vom 17. April 2019. Seite 17.

<sup>45</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 24 vom 29. Januar 2019. Seite 4 ("Mehr Zuwendung für die "neuen" Länder"), vgl. dazu auch Gerster, Livia: Das Ossi-Wessi-Experiment. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 2 vom 13. Januar 2019. Seite 6.

<sup>46</sup> Wehner, Markus: Angst vor Ostdeutschland. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 29 vom 4. Februar 2019. Seite 1.

<sup>47</sup> Wehner, Markus: Dann leben Sie nicht im Osten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 64 vom 16. März 2019. Seite 2.

- 8.1 Die Menschen in den – nicht mehr – neuen Ländern haben alles Recht, den Kopf hochzutragen und auf ihre Lebensleistung stolz zu sein. Nur muss es ihnen immer wieder gesagt werden, gerade auch im Osten und vom Osten. Politisch bedingte / ausgelöste Mitleidsoffensiven und Rufe nach Wahrheits- oder anderen Kommissionen schaden nur, weil sie dem Heute und dem Morgen im Wege stehen.

Selbstachtung und Selbstbewusstsein braucht keine Hilfe aus dem Westen. Das können die Menschen im Osten alleine, wenn man sie nur lässt und gelegentlich aufmuntert. "Die Angst vor dem Wechsel berücksichtigen", hat der frühere Bundespräsident Joachim Gauck in seinem jetzt erschienenen Buch "Toleranz" geschrieben.<sup>48</sup>

- 8.2 Die alte DDR hat auch sonst Grund zum "Stolz"; die neuen Bundesländer haben die Kultur- / Kunstszene in Deutschland nachhaltig verändert, erweitert und ins allgemeine Bewusstsein gehoben.

Das gilt nicht nur für (Ost-)Berlin mit seinen Museen, der Museumsinsel, der Staatsoper und der Staatskapelle, sondern beispielsweise für Leipzig (Gewandhaus) und Dresden (Semperoper und Staatskapelle) und die ostdeutsche "Provinz" mit ihren Theatern und Ausstellungen. Auch die moderne Malerei hat über weite Strecken ihren Schwerpunkt in der Leipziger Schule (mit Neo Rauch pp.). Hier hat es allenthalben ein vorbildliches Hand-in-Hand-Arbeiten gegeben.

---

<sup>48</sup> Gauck, Joachim: Toleranz: einfach schwer. Freiburg 2019. Seite 85.

- 8.3 Leider scheint der sprichwörtliche DDR-Humor den Fall der Mauer nicht überlebt zu haben; Diktaturen sind immer (witz-)ergiebiger.

Aus den HO-DDR-Witzen bis 1989 / 90 gehören beispielsweise diese:

Frage an eine Verkäuferin im Kaufhaus:  
"Entschuldigung, haben Sie hier keine Schuhe?"  
"Keine Schuhe gibt es eine Etage höher. Hier gibt es keine Bettwäsche."<sup>49</sup>

Ein zerstreuter Professor steht mit leerem Einkaufsbeutel vor der HO-Kaufhalle und sinniert: "War ich nun schon einkaufen ... oder noch nicht?"<sup>50</sup>

Trifft ein Mann einen Kollegen auf der Straße und sagt:  
"Haste schon gehört, morgen soll es Schnee geben!"  
Sagt der Kollege: "Mir egal, ich stell mich nicht an."<sup>51</sup>

- 8.4 Die Nacharbeit ("Trauerarbeit") können nur die Menschen im Osten unter sich und für sich leisten; jeder von außen wäre fehl am Platze (und aus der Politik schon allemal).

Um ein Ärzte-Bild zu verwenden:

Die Chirurgen konnten – und mussten – aus dem Westen kommen (THA), nicht dagegen die Internisten und die Hausärzte. Die Nachsorge war / ist Sache der ostdeutschen Ärzte / Länder (und Menschen).

---

<sup>49</sup> Müller, Bodo: Lachen gegen die Ohnmacht. DDR-Witze im Visier der Stasi. Berlin 2016. Seite 111.

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> Franke, Ingolf: Das große DDR-Witz.de Buch. Forchheim 2002. Seite 156.

Bundespräsident Steinmeier hat bei seinem Besuch in Sachen im Oktober 2018 zu Recht festgehalten: "Wenn man genauer hinschaut, sieht man, dass es ganz entgegen dem öffentlichen Eindruck keineswegs Depression gibt. Es sind auch keineswegs entleerte Räume. Hier ist viel mehr los, als die Öffentlichkeit weiß." "Ein Präsident als Heimatminister" hat die Frankfurter Rundschau dazu geschrieben.<sup>52</sup>

---

<sup>52</sup> Frankfurter Rundschau Nr. 240 vom 16. Oktober 2018. S. 6 ("Ein Präsident als Heimatminister") und Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 241 vom 17. Oktober 2018. Seite 4 ("Zwischen Zerrbild und Landidylle"). Vgl. dazu auch Frankfurter Rundschau Nr. 262 vom 10. / 11. November 2018. Seite 4 ("Absage an den neuen Nationalismus").

### **III Einblick / Lage West**

Der Fall der Mauer (1989) und die Wiedervereinigung (1990) haben zwei Seiten, eine ostdeutsche und eine westdeutsche; erstaunlicherweise ist von der letzteren wenig die Rede.

Dabei hat die Wiedervereinigung die Achse nach Osten verschoben, wie schon die Verlagerung der Bundeshauptstadt von Bonn nach Berlin im Jahre 1999 eindrücklich zeigt. Das ist / war weit mehr als ein Ortswechsel – aus dem katholisch geprägten Rheinland in den preußisch-protestantischen Osten, mit dem "religionsfreien" Berlin an der Spitze (und allen Neuordnungen, die damit verbunden waren und sind).

#### **1. Verschiebung der (Grund-)Prägung / Strukturwandel**

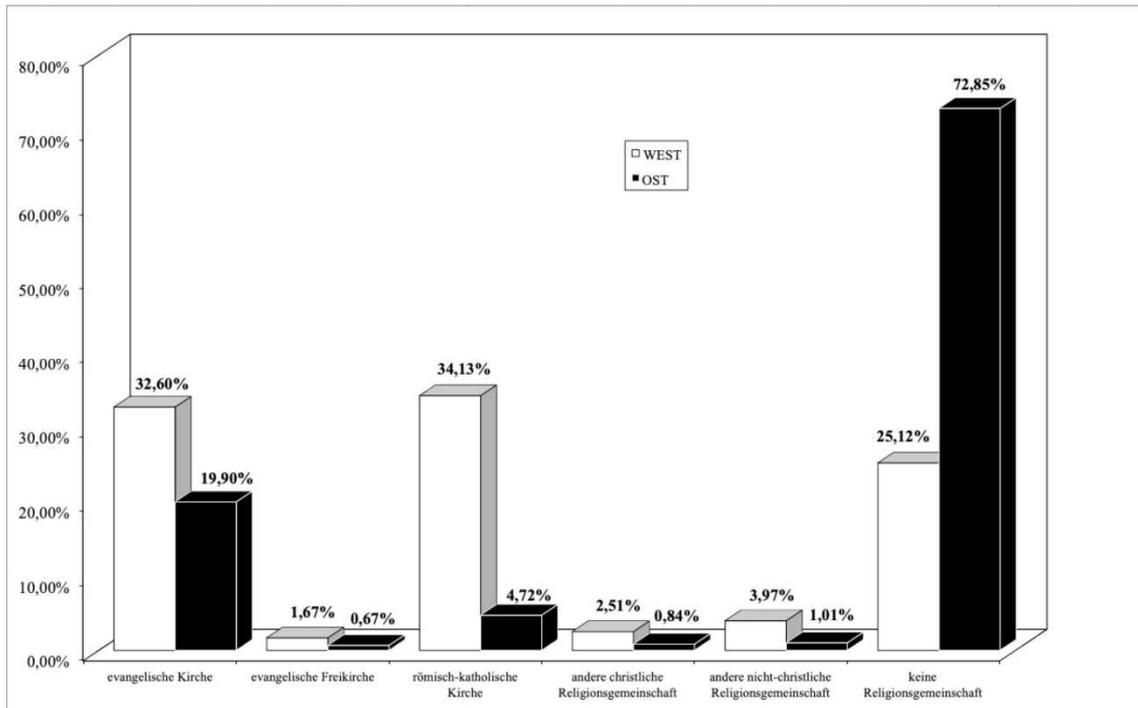
Die alte Bundesrepublik bzw. die alten Länder haben seitdem viel von ihrer (Grund-)Prägung verloren.

Das war allen verantwortlich Handelnden schon mit / nach dem Fall der Mauer klar: die erweiterte Bundesrepublik würde linker und protestantischer werden.

Das ist im Kern auch so gekommen (und geblieben), wenngleich an die Stelle des Protestantismus weithin eine "religionsfreie Zone" getreten ist.

- Im Osten gehören knapp 5% der katholischen und 20 % der evangelischen Kirche an, gegenüber 34 % (Katholiken) bzw. 33 % (Protestanten) im Westen. Zu keiner der beiden großen Kirchen gehören im Osten 75 % und im Westen 25 %.

Auf die Frage, "welcher Religionsgemeinschaft Sie angehören", ergab sich folgendes Ergebnis:



Quelle: Ergebnis der Frage (Stand 2018)  
GESIS – Leibnitz-Institut für Sozialwissenschaften (2019): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. ALLBUS 2018.  
GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5270 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/13250

Die Verschiebung der politischen Achse ist in der Person der verantwortlich handelnden Politiker deutlich geworden: Angela Merkel, CDU-Vorsitzende seit 2000 und Bundeskanzlerin seit 2005, stammt aus einem ostdeutschen, protestantischen Pfarrhaus, Bundespräsident Gauck war von 1971 bis 1990 evangelischer Pfarrer in Rostock, und alle Bundespräsidenten seit 1990, mit Ausnahme der kurzen Amtszeit von Christian Wulff (von 2010 bis 2012), gehörten oder gehören der evangelischen Kirche an. Das gilt auch für den jetzigen Bundestagspräsidenten Schäuble.

Die politische Klasse hat sich nachhaltig verändert.

"Luther regiert"<sup>53</sup> schreibt die F.A.S. in ihrer Ausgabe vom 29. März 2015 und fügt hinzu, "an der Spitze der deutschen Politik sind vor allem Protestanten tätig. Katholiken sind zur Seltenheit geworden. Warum eigentlich?" Bei Bannas heißt es: "Der katholisch geprägte Teil der CDU wurde im Konrad-Adenauer-Haus und im Kanzleramt nicht ernst genommen."<sup>54</sup>

## 2. Politische Verschiebung

Zu den ostdeutschen (Politiker-)Klagen gehört immer wieder die Beschwerde über eine fehlende (Ost-)Vertretung in den jeweiligen Bundeskabinetten – eine Klage, wie sie falscher nicht sein kann; denn Angela Merkel hat seit 2005 als Bundeskanzlerin (und CDU-Vorsitzende seit 2000) das vereinigte Deutschland geführt und dominiert wie nur Konrad Adenauer und Helmut Kohl vor ihr,

- ohne Wenn und Aber und ohne Rücksicht auf die Ausrichtung und Prägung der alten Bundesrepublik Deutschland (und der West-Länder), wie selbstverständlich und ohne lange darüber zu reden.

Sie hat die politische Achse des Landes nach links verschoben.

Die Eckpunkte lauten: Atomausstieg, Abschaffung der Wehrpflicht (zuvor "Schule der Nation"), Flüchtlingspolitik – Weichenstellungen, die auf Dauer bleiben werden.<sup>55</sup>

Die Öffnung der deutschen Grenzen in 2015 hat nicht nur die Länder der alten Bundesrepublik Deutschland an den Rand gebracht, sondern besonders den (alten) Osten überfordert.

---

<sup>53</sup> Wehner, Markus: Luther regiert. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 13 vom 29.03.2015. Seite 11.

<sup>54</sup> Bannas, Günter: Machtverschiebung. Berlin 2019. Seite 183.

<sup>55</sup> Siehe dazu auch Rödder, Andreas: Konservativ 21.0. München 2019. Seite 18.

Angela Merkel hat sich hier – unwillkürlich? – mit den Medien getroffen. Journalisten sind in der Mehrzahl "links" (Döpfner).<sup>56</sup> Die Ausgangspunkte waren von Hause aus linke Positionen, weit von der CDU/CSU-Grundlinie entfernt.

Es sind die überfallartigen einsamen Entscheidungen Angela Merkels, vergleichbar nur mit ihrem Zugriff auf den CDU-Vorsitz und damit das Kanzleramt im Jahre 2005 – immer dasselbe Strickmuster.<sup>57</sup>

Der (neue) Freiraum rechts der Mitte ist nicht lange leer geblieben. Ihn hat die AfD besetzt, mit großem Erfolg, im Westen, mehr noch im Osten. Leider, leider. Die Folgen / Auswirkungen sprechen eine deutliche Sprache!

Wird es in der Nach-Merkel-Zeit einen Rückweg geben? Oder hat sich die neue Landschaft bereits zu sehr verfestigt?

Alle hatten ihre Chance, Frau Merkel hat diese Chance gegen alle Wahrscheinlichkeiten für sich genutzt und ist zur bestimmenden Größe in Deutschland und Europa – ja in der Welt – geworden bis jetzt.

---

<sup>56</sup> Döpfner, Mathias, Springer CEO, im Gespräch mit der Neuer Zürcher Zeitung vom 9. Februar 2019. "Springer-CEO Mathias Döpfner: Viele Journalisten verhalten sich zutiefst unjournalistisch". Unter <https://www.nzz.ch/feuilleton/medien/springer-ceo-doepfner-viele-verhalten-sich-unjournalistisch-ld.1457143> (Aufruf 18.04.2019)

<sup>57</sup> Ihre innerparteiischen Gegner waren ihr nicht gewachsen, weder einzeln, noch in Summe (Andenpakt), auch nicht aus der Schwester CSU – ein Signal für die (West)CDU nach Kohl.

Am Rande und nicht nur am Rande:

Es ist auffallend, welche Sympathien Herrn Friedrich Merz aus dem Osten und aus der Ost-CDU bei seiner Kandidatur für den Vorsitz der CDU zugeflogen sind. Friedrich Merz ist, das kann man ohne Einschränkung sagen, so westdeutsch, wie man nur sein kann. Ist / war es die Sehnsucht nach dem "starken Mann"?

### **3. Die Kosten der Einheit und die Leistungen des Westens**

Die Zahlenangaben über die Kosten der Wiedervereinigung schwanken je nach Berechnungsart und Zeitraum. Euro 2 Billionen ist eine Zahl, die immer wieder genannt wird, schon bis 2014, aber auch bis heute (2019), mit "Einwanderung" in die westdeutschen Sozialsysteme (letztere haben ihren – großen – Teil für eine lange Zukunft beigetragen, weil die ostdeutschen Beiträge durch die Währungsreform überwiegend verfallen sind). Es kommt auf die Prämissen und Gegenrechnungen an.<sup>58</sup>

- Zum Vergleich:  
Die deutsche Staatsschuld (Bund / Länder / Kommunen) beträgt, Stand 31. Dezember 2018, 1,9 Billionen Euro.<sup>59</sup> Das macht das Gewicht der Transferleistungen deutlich!

Die Einheit war, ist und bleibt "teuer". Das Geld kam und kommt aus den westdeutschen "Lohntüten" und aus dem Solidaritätsbeitrag, der ebenfalls – ganz überwiegend – von den westdeutschen Steuerzahlern geleistet wurde. Darüber fällt in der ganzen Diskussion fast kein Wort, sondern wird im Osten als selbstverständlich betrachtet – was es nicht ist.

---

<sup>58</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Mai 2014. Seite 20 ("Einheit kostet 2 Billionen Euro"), Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Mai 2014. Seite 17 ("Darf man die Kosten der deutschen Einheit ausrechnen?"), Handelsblatt vom 19. September 2014. Seite 56 ("Die geglückte Fusion") und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Mai 2019. Seite 15 ("Sonderwirtschaftszonen im Osten gefordert").

<sup>59</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Woche 14 / 2019. Seite 48/49.

Das alles hat wiederum mit der Politik, diesmal in / aus den alten Bundesländern, zu tun. Keiner wollte – und will – gerne (zu) deutlich werden lassen, welche Gelder "in den Osten" geflossen sind, die im Westen für vielfache Erleichterung und Entlastung hätten Sorge tragen können: durch geringere Steuern und / oder durch Investitionen in die westdeutsche Infrastruktur (wie Straßen, Brücken, Schulen), die notleidend ist.

Die ostdeutschen (politischen) Nachforderungen 2019 ff. sind ein Spiel mit dem Feuer. Das Gedankenspiel um eine neue Nationalhymne (Ramelow) zeigt das Ausmaß der Irrungen und Wirrungen.

Was ist, wenn der Westen eines Tages "aufsteht" (weil der Osten zu viel verlangt)?

Vorsicht ist geboten.

Der nächste große Konflikt steht vor / in der Türe, in Ost und West: die Stilllegung der Braunkohlenförderung in der Lausitz und im rheinischen Braunkohlerevier. Eine bittere Entscheidung für die dortigen Menschen, unabhängig von Ost oder West.<sup>60</sup>

Der Streit über die Summe und die Verteilung der "Kohlemilliarden" wird nicht lange auf sich warten lassen, zwischen Ost und West, auch wenn die Zeichen auf Einigung stehen<sup>61</sup> - wirklich? Es wird noch mühsam werden, wie das

---

<sup>60</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 38 vom 14. Februar 2019. Seite 19 ("In der Koalition Ärger über Ergebnisse der Kohlekommission").  
Bünder, Helmut: Preisschilder für den Kohleausstieg. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 71 vom 25. März 2019. Seite 15.

<sup>61</sup> Bingener, Reinhard: Raus aus der Kohle, rein in die Vinothek. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 28 vom 2. Februar 2019. Seite 4. S. dazu auch Locke, Stefan: Das Gespenst der neunziger Jahre kehrt zurück. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 277 vom 28. November 2018. Seite 4 und Kloepfer, Inge: Die Lausitz kann auch ohne Kohle. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 4 vom 27. Januar 2019. Seite 23.  
Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 114 vom 17. Mai 2019, Seite 15 ("40-Milliarden-Fördergesetz für die Kohleregionen steht"), Mihm, Andreas: Das große Kohle-Versprechen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 118 vom 22. Mai 2019. Seite 1 und Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 119 vom 23. Mai 2019. Seite 21 ("40 Milliarden Euro für den Kohleausstieg").

"Vorbild" des Steinkohlebergbaus zeigt, ein Kernstück des deutschen Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg.

Inzwischen wollen die ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in den Braunkohleregionen<sup>62</sup>, und der bayerische (CSU-)Ministerpräsident Söder fordert, den Ausstieg aus der Braunkohle von 2038 auf 2030 vorzuziehen.<sup>63</sup>

#### **4. Angela Merkel als Verkörperung des Umbruchs**

Angela Merkel hat zu keinem Zeitpunkt erkennen lassen, woher sie selbst letztlich kommt und was sie "ausmacht" / prägt; sie hat nach außen alles Persönliche abgeschirmt, schon allemal als Bundeskanzlerin – eine erstaunenswerte Leistung in einer medialen Welt.<sup>64</sup>

Sie ist evangelisch sozialisiert, aber möglicherweise mehr sozialisiert als evangelisch. Keiner weiß es. Sie hat evangelische und katholische Kirchentage gleichermaßen besucht und dort gesprochen (wie auch bei Staatsbegräbnissen für Persönlichkeiten beiderlei Konfession – aus Staatsraison?). Die katholische Kirche ist ihr wohl fremd geblieben, von einer unnötigen und überzogenen Kritik an Papst Benedikt XVI im Zusammenhang mit der Pius-Brüderschaft und der – missverständlichen – Judenfrage abgesehen (Bischof Williamson).

Jana Hensel schreibt über Angela Merkel:

"Angela Merkel ist in ihrer jahrelangen Leugnung der eigenen ostdeutschen Prägungen ... zutiefst ostdeutsch. Eine Ostdeutsche par Excellence. Das war der Preis, den sie für ihren eigenen Aufstieg zu zahlen bereit war.

---

<sup>62</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 107 vom 9. Mai 2019, Seite 15 ("Sonderwirtschaftszonen im Osten gefordert") und S. 1 ("Ökonomen: Osten wird nie gleichziehen").

<sup>63</sup> Scholz, Olaf: Interview mit der Frankfurter Rundschau Nr. 145, 26. Juni 2019. Seite 6 ("Politik ist doch keine Vorabendserie").

<sup>64</sup> Lohse, Eckart / Wehner, Markus: Die Merkel-Jahre. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 274 vom 24. November 2018, Seite 3.

"Das Recht, öffentlich ostdeutsch sein zu dürfen, scheint mir auch für uns eine zentrale Kategorie. Angela Merkel und mit ihr viele andere Ostdeutsche hatten nicht das Gefühl, öffentlich ostdeutsch sein zu dürfen".<sup>65</sup>

Stimmt das?

Merkel als Sphinx? Jana Hensel stammt selbst aus dem Osten und bewundert Angela Merkel, will ihr also sicher nichts "Böses":<sup>66</sup>

"Mein Deutschland Gefühl, es ist in Wahrheit ein Angela-Merkel-Gefühl. Ich bin in dieses Gefühl eingezogen wie andere in ein Haus. Ich habe darin genauso selbstverständlich gewohnt wie auch das Kind. Es ist uns mit den Jahren wie zu einer zweiten Haut geworden. Ist es nicht das, was wir Heimat nennen? Is es nicht das, wonach wir immer suchen, wonach wir uns sehnen", schreibt Hensel.

## **5. Weltanschauliche Prägung / Verschiebung**

Auch diese Achse hat sich mit dem Fall der Mauer verschoben. Politik hat nicht zuletzt mit Weltanschauung zu tun.

Es geht in der Konfessionsfrage um eine nüchterne Feststellung und nicht darum, evangelisch gegen katholisch aufzurechnen oder miteinander zu verrechnen; diese Zeit ist vorbei oder sollte es jedenfalls sein. Im Übrigen handelt es sich – bei Licht betrachtet – gar nicht um den Vergleich katholisch mit evangelisch, sondern um den Vergleich christlich mit nicht-christlich angesichts der konfessionellen Situation im Osten. "Gottgläubig" hieß diese "Konfession" im dritten Reich; richtiger wäre es, zumindest heute, von nicht-gläubig oder ungläubig zu sprechen.

---

<sup>65</sup> Engler, Wolfgang / Hensel Jana: Wer wir sind. Berlin 2018. Seite 76 / 77.

<sup>66</sup> Hensel, Jana: Mein Angela-Merkel-Gefühl. In: DIE ZEIT Nr. 45 vom 31. Oktober 2018. Seite 14 und Angela Merkel im Gespräch mit Jana Hensel: In DIE ZEIT vom 24. Januar 2019. Seite 4 ("Parität erscheint mir logisch").

Religiöses Niemandsland statt Lutherland. "Die gottloseste Gegend der Welt" schreibt ZEIT Online am 26. Juli 2017 unter Bezugnahme auf eine Studie der Universität Chicago aus dem Jahre 2012. "Nirgendwo auf der Welt glauben so wenige Menschen an Gott wie in Ostdeutschland", heißt es dort.<sup>67</sup>

Hat das vielleicht auch mit Frau Merkel zu tun?

Angela Merkel stammt aus einem protestantischen Pfarrhaus (wie man das früher nannte), allerdings einem besonderen Pfarrhaus: ihr Vater verließ mit Familie im Jahre 1954 Hamburg in Richtung Osten (Quitow bei Perleberg); in die DDR überzusiedeln, war – zumal im Jahre 1954 – eine höchst seltene Wahl, die im Zweifel auch Angela Merkel geprägt hat.

Ein lebendes Beispiel für die Situation ist auch die ostdeutsche Jugendweihe, das – bewusste! – Gegenstück zur Konfirmation (und Kommunion). Die Jugendweihe wird in den neuen Bundesländern zum Teil weiter gefeiert.

Diese "Langzeit Spuren" des ostdeutschen Kommunismus / Sozialismus sind überraschend. Denn zum Fall der Mauer und zur Wiedervereinigung mit den Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderweit haben überwiegend und federführend protestantische Pastoren beigetragen; sie haben auch den "runden Tischen" ihren Stempel aufgedrückt und maßgebend an der Neugründung von CDU und SPD (und Grünen) in den neuen Bundesländern mitgewirkt.<sup>68</sup>

Was ist daraus geworden?

---

<sup>67</sup> ZEIT Online vom 26. Juli 2019: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2017-07/atheismus-hochzeitskapelle-callenberg-osten-religion-ueberland>.

<sup>68</sup> Noack, Axel. Nicht euphorisch, aber dankbar. In Zeitzeichen Oktober 10/2010 unter: <https://zeitzeichen.net/archiv/geschichte-politik-gesellschaft/deutsche-einheit/>

Zu dem Thema Kirchen und DDR, vor allem der evangelischen Kirche, schreiben Wolfgang Engler und Jana Hensel in ihrem (Gesprächs-)Band, "Wer wir sind".<sup>69</sup>

"Dabei bewiesen vor allem Kirchenfunktionäre erstaunliches Geschick. Ins erste frei gewählte Parlament der DDR zogen vierundzwanzig Theologen ein, darunter zweiundzwanzig Pfarrer mit gültiger Ordination. ... Diese "Erfolgsgeschichte" sparte unser Gespräch bislang zu Unrecht aus. Daher nochmals Krampitz: "Alltag in Ostdeutschland – im Geburtsland der Reformation: Um die Kranken und Alten kümmert sich die Volkssolidarität, um die seelisch Beladenen der Sozialpsychiatrische Dienst. Und die Kirchen? Nach all den Jahren des Bekenntnisdrucks zieht der übergroße Teil der einstigen DDR-Bevölkerung (...) ein Leben in der "transzendentalen Obdachlosigkeit" vor. In Ostdeutschland soll es heute Gegenden geben, wo die Leute nicht mal mehr abergläubisch sind. (...) Die Errungenschaften des Realsozialismus haben sich nach der Wende im Eiltempo verflüchtigt. Nicht so der Massenatheismus, die gewissermaßen erfolgreichste Hinterlassenschaft der SED." Hier ebenso wie bei der lockeren Parteienbindung zeigt der Osten dem Westen seine Zukunft auf, erweist er sich als Avantgarde."<sup>70</sup>

Als Avantgarde? Kann man den "Bruch" deutlicher beschreiben – unabhängig von der zwischenzeitlichen (und künftigen) Entwicklung der Kirchen auch im Westen?<sup>71</sup>

---

<sup>69</sup> Engler, Wolfgang / Hensel, Jana: Wer wir sind. Berlin 2018. Seite 273/274.

<sup>70</sup> Vgl. Zonker, Norbert (KNA): Was Christen zur Wende in der DDR beigetragen haben. Unter <https://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/was-christen-zur-wende-in-der-ddr-beigetragen-haben> (30. April 2019). (Aufruf: 28. Mai 2019).

<sup>71</sup> Siehe dazu die Projektion 2060 des Forschungszentrums Generationenverträge (FZG) der Albert-Ludwig-Universität Freiburg vom 2. Mai 2019 unter <https://dbk.de/themen/kirche-und-geld/projektion-2060/> (Aufruf: 28. Mai 2019).

Am Rande und nicht nur am Rande:

Hängt die Flüchtlings- / Asylfrage Ost – auch – mit der Religionsfrage zusammen?

Menschen "machen", was sie glauben.

## IV Ausblick

### 1. Dank, Respekt und Nüchternheit

Dank gibt es nicht, nirgendwo, weder im Großen noch im Kleinen, weder in Ost noch in West. Dank lässt sich auch nicht "durchsetzen".

Was aber – zu Recht – erwartet werden kann, ist Respekt, Respekt für die ganz unterschiedlichen Leistungen von / aus Ost und West. Wolf Biermann, ein unverdächtig (doppelter) Zeitzeuge, hat dazu 2019 in einem Interview zusammengefasst:<sup>72</sup>

"Im Großen und Ganzen ist es doch erstens bis zehntens schön, dass die Diktatur zusammengebrochen ist. Dass der reiche, starke Westen genügend Kraft hatte, dafür zu sorgen, dass die Ostdeutschen einen Wohlstand genießen, den sie vorher nie erleben konnten.

So hat der Osten die Rechnung des Zweiten Weltkriegs bezahlt, und deshalb freue ich mich, dass der Westen so viel investieren musste in den Osten. Das finde ich gerecht.

Es gibt eine geradezu makabre Diskrepanz zwischen dem wirklichen Zustand des deutschen Volkes und dem Selbstbild einiger Klage-Deutschen. Es ging unserem Volk in seiner Geschichte noch nie so gut wie heute – und zwar auf allen Gebieten: Frieden, Wohlstand, Freiheit, Kultur, Rechtsstaat. Noch nie haben Rentner in Ost wie West ein so angenehmes Leben gehabt wie jetzt. Doch wie in einer dialektischen Idiotenreaktion fühlen sich manche, als wäre es ihnen noch nie so schlecht gegangen wie heute. Das ist ein Ausdruck dafür, dass ein Volk, das über Jahrzehnte in einer Diktatur beschädigt wurde, sich nicht so flott

---

<sup>72</sup> Biermann, Wolf: Die Deutschen haben allen Grund, froh und glücklich zu sein". Interview in: Frankfurter Rundschau Nr. 64 vom 16. / 17. März 2019. Seite 32.

erholen, regenerieren kann. Häuser lassen sich eben leichter wieder herstellen als Menschen."

Richard Schröder hat(te) schon in 2005 geschrieben:<sup>73</sup>

"Die ethnologische Suche nach dem Ostdeutschen übersieht, daß die Ost-Ost-Unterschiede größer sind als die Ost-West-Unterschiede. Die westlichen Nord-Süd-Unterschiede sind auch erheblich, mental wie ökonomisch, und übrigens älter noch als die Reformation. Aber diese Unterschiede ist man gewöhnt. Nur das Unvertraute wirkt unheimlich. Deshalb eignet sich der Osten vorzüglich zur Projektionsfläche für allerlei Ängste und als negative Folie vorteilhafter Selbstwahrnehmung.

....

Die Deutsche Einheit ist weiter vorangeschritten als die italienische, hat ein Italiener bemerkt. Bloß die Deutschen glauben das nicht, weil sie an übertriebenen Maßstäben leiden und die schlechten Nachrichten besonders lieben. Im Ausland hält man die deutsche Einigung für gelungen."

---

<sup>73</sup> Schröder, Richard: Was ist mit dem Osten los? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. August 2005. Seite 9.

## 2. Geduld und langen Atem

Man kann nichts schwerer ertragen als eine Reihe von guten Tagen, heißt es. Was gilt dann erst für ein paar gute Wochen, Monate oder Jahre, mehr als 10 (Wohlstands-)Jahre? Das Sprichwort hat Recht.

Den Deutschen geht es so gut wie zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte, in West und Ost.<sup>74</sup> Gleichzeitig geht es Deutschland so gut wie keinem seiner Partner und Nachbarn in West und Ost, keineswegs selbstverständlich. Alle Kenndaten und Indikatoren zeigen es – an sich Grund genug, sich zu freuen und dankbar zu sein in Ost und West. Stattdessen herrscht vielfach Frust und Unzufriedenheit, das gilt vor allem für die Menschen im Osten.

Geduld ist gefragt.

Wolfgang Thierse hat kürzlich an Ralf Dahrendorf erinnert, der im Jahr 1990 für den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau der postkommunistischen Länder folgenden Zeitbedarf vorausgesagt habe: für die Einführung politischer Demokratie und rechtsstaatlicher Verhältnisse sechs Monate, für den Übergang zur Marktwirtschaft sechst Jahre und für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft sechzig Jahre.<sup>75</sup>

Der SPD-Politiker Thierse (Ost) ist nicht irgendwer. Er war u.a. von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, von 2005 bis 2013 dessen Vizepräsident.

---

<sup>74</sup> Das beweist – in der Rentenfrage – auch die Zahl der "Frührentner". Nach einer Auswertung des Ifo-Wirtschaftsforschungsinstituts gingen - in 2018 - 42 Prozent aller Neurentner im Osten über die abschlagsfreie "Rente mit 63" in den Ruhestand, im Westen 30 Prozent. Auch bei der frühzeitigen Rente mit Abschlägen liege die Quote im Osten mit 27 Prozent höher als die im Westen (17 Prozent) – vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 250 vom 27. Oktober 2018. Seite 22.

<sup>75</sup> Thierse, Wolfgang: Respekt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Februar 2018. Seite 7.

Wir sind danach zeitlich erst auf halbem Wege angelangt! Ähnlich habe ich vor fast 27 Jahren in der F.A.Z. vom 2. Oktober 1992 geschrieben:

Die äußeren Mauern sind gefallen, die inneren Gräben sind geblieben, viele tiefer als erwartet. Bis zum "Deutschland, einig Vaterland", dem mutigen Aufruf der Montagsdemonstrationen aus dem Herbst 1989, wird noch viel Zeit vergehen, **eine Generation** oder **mehr**. Wir werden die Einheit schaffen; aber der Weg dorthin wird steinig, voller Lasten und bitter sein – und viel Geduld erfordern."<sup>76</sup>

Das gilt weiter. Die Politik / Politiker sollten nicht ständig mit vollen Backen in das Feuer blasen, das sie angeblich löschen wollen.

---

<sup>76</sup> Bernhardt, Wolfgang: So fremd wie nach dem Krieg die Amerikaner. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 230 vom 2. Oktober 1992. Seite 13.

Literaturverzeichnis  
(Auszug)

- Bannas, Günter: Machtverschiebung. Berlin 2019.
- Bernhardt, Wolfgang: So fremd wie nach dem Krieg die Amerikaner. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Oktober 1992.
- Bernhardt, Wolfgang: Die Privatisierung des Handels in den neuen Bundesländern. In: ZfB-Ergänzungsheft 1/93. Seiten 39 – 52.
- Biermann, Wolf: Die Deutschen haben allen Grund, froh und glücklich zu sein". Interview in: Frankfurter Rundschau vom 16. / 17. März 2019.
- Boick, Marcus: Die Treuhand lebt. Interview in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 19. Juli 2018.
- Bollmann, Ralph: Danke Ossi! In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 26. Oktober 2014.
- Brandes, Tanja / Decker, Markus: Ostfrauen verändern die Republik. Berlin 2019.
- Dulig, Martin: Mit den Augen des Ostens. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Oktober 2018.
- Engler, Wolfgang / Hensel, Jana: Wer wir sind. Berlin 2018.
- Gauck, Joachim: Toleranz: einfach schwer. Freiburg 2019.
- Hensel, Jana: Mein Angela-Merkel-Gefühl. In: DIE ZEIT vom 31. Oktober 2018.
- Hensel, Jana: Parität erscheint mir logisch. Angela Merkel im Gespräch mit Jana Hensel. In: DIE ZEIT vom 24. Januar 2019.
- Köcher, Renate: Fremd im eigenen Haus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Januar 2019.
- Köpping, Petra / Schröder, Richard: Dem Westen wird alles in die Schuhe geschoben. Streitgespräch in: DIE ZEIT / Zeit für Sachsen Nr. 18 vom 25. April 2019.
- Locke, Stefan: Am Ort der Entladung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. November 2018.
- Lohse, Eckart / Wehner, Markus: Die Merkel-Jahre. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. November 2018.
- Mika, Bascha: Einfallstor für rechte Ideologien. In: Frankfurter Rundschau vom 16. November 2018.
- Rödter, Andreas: Konservativ 21.0. München 2019.
- Sinn, Gerlinde und Hans-Werner: Die deutsche Vereinigung als Vorbild für Europa. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Oktober 2015.
- Schmidt, Jochen: Gebrauchsanweisung für Ostdeutschland. München/Berlin 2015.

Schmidt, Jochen / Wagner, David: Drüben und Drüben. Zwei deutsche Kindheiten. Rheinbek bei Hamburg 2014.

Schwanitz, Rolf: Die Treuhandanstalt war nicht schuld. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. März 2019.

Schröder, Richard: Was ist im Osten los? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. August 2005.

Schröder, Richard: Deutschland, einig Vaterland. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Oktober 2018.

Schröder, Richard / Köpping, Petra: Dem Westen wird alles in die Schuhe geschoben. Streitgespräch in: DIE ZEIT / Zeit für Sachsen Nr. 18 vom 25. April 2019.

Thierse, Wolfgang: Respekt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Februar 2018.

\*

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018.

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2018.html>

Forschungszentrum Generationenverträge (FZG) der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg / Deutsche Bischofskonferenz / Evangelische Kirche in Deutschland vom 2. Mai 2019. Projektion 2060. Langfristige Projektion der Kirchenmitglieder und des Kirchensteueraufkommens in Deutschland (Auszug)

<https://dbk.de/themen/kirche-und-geld/projektion-2060>

Generaldirektion des volkseigenen Einzelhandels (HO), Generaldirektion VE Warenhäuser CENTRUM, Generaldirektion VE Interhotel DDR: Zahlen und Fakten zur Leistungsfähigkeit und historischen Entwicklung. 40 Jahre Volkseigener Einzelhandel (Nachdruck des Zentralverordnungsblatt Nr. 51 vom 16. November 1948).

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5270 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/1.13250.

ZEIT ONLINE vom 2. Mai 2019: Die Millionen, die gingen.

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug>

Zum Hintergrund (und zur Person):

Prof. Dr. Wolfgang Bernhardt hat in den Jahren 1960 / 61 in Freiburg / Breisgau promoviert, aber in der Deutschen Staatsbibliothek im Osten seine Dissertation geschrieben. Er ist 1990 / 1992 nach Berlin "zurückgekehrt", um als (aktiver) Vorsitzender des Aufsichtsrats der GPH Gesellschaft zur Privatisierung des Handels mbH den Einzelhandel der alten DDR (HO) zu privatisieren, eine schwierige und auch kleinteilige Aufgabe. Es ging im Herbst 1990 um 18.700 "Objekte" (Geschäfte, Gaststätten, Warenhäuser, Hotels), die auf 153 Kapitalgesellschaften verteilt waren. In den Jahren 1996 bis 2000 war er Vorsitzender des Aufsichtsrats der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft, in der die Handelsimmobilien der alten HO nach der Privatisierung der Geschäfte zusammengefasst waren.

In den Jahren 1992 bis 1993 hat Bernhardt im Rahmen der Minol-Privatisierung geschäftsführend das Vorstandsressort Beteiligungen / Recht / Liegenschaften / Personal wahrgenommen. Seit 1993 hat(te) er einen Lehrauftrag für Betriebsverfassungsrecht / Mitbestimmungsrecht an der Universität Leipzig; dort wurde ihm von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät am 1. November 1997 die Honorarprofessur für Unternehmensführung verliehen.

In den Jahren 2003 bis 2011 war Bernhardt Vorsitzender des Aufsichtsrates der MVD Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH mit der Märkischen Allgemeinen Zeitung in Potsdam, einer Tochtergesellschaft der Frankfurter Allgemeine Zeitung.

# Universität Leipzig

## Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Nr. 1	Wolfgang Bernhardt	Stock Options wegen oder gegen Shareholder Value? Vergütungsmodelle für Vorstände und Führungskräfte 04/1998
Nr. 2	Thomas Lenk / Volkmar Teichmann	Bei der Reform der Finanzverfassung die neuen Bundesländer nicht vergessen! 10/1998
Nr. 3	Wolfgang Bernhardt	Gedanken über Führen – Dienen – Verantworten 11/1998
Nr. 4	Kristin Wellner	Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Standortgestaltung zur Revitalisierung von Innenstädten 12/1998
Nr. 5	Gerhardt Wolff	Brauchen wir eine weitere Internationalisierung der Betriebswirtschaftslehre? 01/1999
Nr. 6	Thomas Lenk / Friedrich Schneider	Zurück zu mehr Föderalismus: Ein Vorschlag zur Neugestaltung des Finanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer 12/1998
Nr. 7	Thomas Lenk	Kooperativer Föderalismus – Wettbewerbsorientierter Föderalismus 03/1999
Nr. 8	Thomas Lenk / Andreas Mathes	EU – Osterweiterung – Finanzierbar? 03/1999
Nr. 9	Thomas Lenk / Volkmar Teichmann	Die fiskalischen Wirkungen verschiedener Forderungen zur Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland: Eine empirische Analyse unter Einbeziehung der Normenkontrollanträge der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen sowie der Stellungnahmen verschiedener Bundesländer 09/1999
Nr. 10	Kai-Uwe Graw	Gedanken zur Entwicklung der Strukturen im Bereich der Wasserversorgung unter besonderer Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen 10/1999
Nr. 11	Adolf Wagner	Materialien zur Konjunkturforschung 12/1999
Nr. 12	Anja Birke	Die Übertragung westdeutscher Institutionen auf die ostdeutsche Wirklichkeit – ein erfolg-versprechendes Zusammenspiel oder Aufdeckung systematischer Mängel? Ein empirischer Bericht für den kommunalen Finanzausgleich am Beispiel Sachsen 02/2000
Nr. 13	Rolf H. Hasse	Internationaler Kapitalverkehr in den letzten 40 Jahren – Wohlstandsmotor oder Krisenursache? 03/2000
Nr. 14	Wolfgang Bernhardt	Unternehmensführung (Corporate Governance) und Hauptversammlung 04/2000
Nr. 15	Adolf Wagner	Materialien zur Wachstumsforschung 03/2000
Nr. 16	Thomas Lenk / Anja Birke	Determinanten des kommunalen Gebührenaufkommens unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer 04/2000
Nr. 17	Thomas Lenk	Finanzwirtschaftliche Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Länderfinanzausgleich vom 11.11.1999 04/2000
Nr. 18	Dirk Bütel	Continuous linear utility for preferences on convex sets in normal real vector spaces 05/2000
Nr. 19	Stefan Dierkes / Stephanie Hanrath	Steuerung dezentraler Investitionsentscheidungen bei nutzungsabhängigem und nutzungsunabhängigem Verschleiß des Anlagenvermögens 06/2000
Nr. 20	Thomas Lenk / Andreas Mathes / Olaf Hirschfeld	Zur Trennung von Bundes- und Landeskompetenzen in der Finanzverfassung Deutschlands 07/2000
Nr. 21	Stefan Dierkes	Marktwerte, Kapitalkosten und Betafaktoren bei wertabhängiger Finanzierung 10/2000
Nr. 22	Thomas Lenk	Intergovernmental Fiscal Relationships in Germany: Requirement for New Regulations? 03/2001
Nr. 23	Wolfgang Bernhardt	Stock Options – Aktuelle Fragen Besteuerung, Bewertung, Offenlegung 03/2001
Nr. 24	Thomas Lenk	Die „kleine Reform“ des Länderfinanzausgleichs als Nukleus für die „große Finanzverfassungs-reform“? 10/2001

Nr. 25	Wolfgang Bernhardt	Biotechnologie im Spannungsfeld von Menschenwürde, Forschung, Markt und Moral Wirtschaftsethik zwischen Beredsamkeit und Schweigen 11/2001
Nr. 26	Thomas Lenk	Finanzwirtschaftliche Bedeutung der Neuregelung des bundestaatlichen Finanzausgleichs – Eine allokoative und distributive Wirkungsanalyse für das Jahr 2005 11/2001
Nr. 27	Sören Bär	Grundzüge eines Tourismusmarketing, untersucht für den Südraum Leipzig 05/2002
Nr. 28	Wolfgang Bernhardt	Der Deutsche Corporate Governance Kodex: Zuwahl (comply) oder Abwahl (explain)? 06/2002
Nr. 29	Adolf Wagner	Konjunkturtheorie, Globalisierung und Evolutionsökonomik 08/2002
Nr. 30	Adolf Wagner	Zur Profilbildung der Universitäten 08/2002
Nr. 31	Sabine Klinger / Jens Ulrich / Hans-Joachim Rudolph	Konjunktur als Determinante des Erdgasverbrauchs in der ostdeutschen Industrie? 10/2002
Nr. 32	Thomas Lenk / Anja Birke	The Measurement of Expenditure Needs in the Fiscal Equalization at the Local Level Empirical Evidence from German Municipalities 10/2002
Nr. 33	Wolfgang Bernhardt	Die Lust am Fliegen Eine Parabel auf viel Corporate Governance und wenig Unternehmensführung 11/2002
Nr. 34	Udo Hielscher	Wie reich waren die reichsten Amerikaner wirklich? (US-Vermögensbewertungsindex 1800 – 2000) 12/2002
Nr. 35	Uwe Haubold / Michael Nowak	Risikoanalyse für Langfrist-Investments Eine simulationsbasierte Studie 12/2002
Nr. 36	Thomas Lenk	Die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs auf Basis der Steuerschätzung Mai 2002 und einer aktualisierten Bevölkerungsstatistik 12/2002
Nr. 37	Uwe Haubold / Michael Nowak	Auswirkungen der Renditeverteilungsannahme auf Anlageentscheidungen Eine simulationsbasierte Studie 02/2003
Nr. 38	Wolfgang Bernhard	Corporate Governance Kodex für den Mittel-Stand? 06/2003
Nr. 39	Hermut Kormann	Familienunternehmen: Grundfragen mit finanzwirtschaftlichen Bezug 10/2003
Nr. 40	Matthias Folk	Launhardt'sche Trichter 11/2003
Nr. 41	Wolfgang Bernhardt	Corporate Governance statt Unternehmensführung 11/2003
Nr. 42	Thomas Lenk / Karolina Kaiser	Das Prämienmodell im Länderfinanzausgleich – Anreiz- und Verteilungsmittelnwirkungen 11/2003
Nr. 43	Sabine Klinger	Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Haushaltssektors in einer Matrix 03/2004
Nr. 44	Thomas Lenk / Heide Köpping	Strategien zur Armutsbekämpfung und –vermeidung in Ostdeutschland: 05/2004
Nr. 45	Wolfgang Bernhardt	Sommernachtsfantasien Corporate Governance im Land der Träume. 07/2004
Nr. 46	Thomas Lenk / Karolina Kaiser	The Premium Model in the German Fiscal Equalization System 12/2004
Nr. 47	Thomas Lenk / Christine Falken	Komparative Analyse ausgewählter Indikatoren des Kommunalwirtschaftlichen Gesamt-ergebnisses 05/2005
Nr. 48	Michael Nowak / Stephan Barth	Immobilienanlagen im Portfolio institutioneller Investoren am Beispiel von Versicherungsunternehmen Auswirkungen auf die Risikosituation 08/2005
Nr. 49	Wolfgang Bernhardt	Familiengesellschaften – Quo Vadis? Vorsicht vor zu viel „Professionalisierung“ und Ver-Fremdung 11/2005
Nr. 50	Christian Milow	Der Griff des Staates nach dem Währungsgold 12/2005

Nr. 51	Anja Eichhorst / Karolina Kaiser	The Institutional Design of Bailouts and Its Role in Hardening Budget Constraints in Federations 03/2006
Nr. 52	Ullrich Heilemann / Nancy Beck	Die Mühen der Ebene – Regionale Wirtschaftsförderung in Leipzig 1991 bis 2004 08/2006
Nr. 53	Gunther Schnabl	Die Grenzen der monetären Integration in Europa 08/2006
Nr. 54	Hermut Kormann	Gibt es so etwas wie typisch mittelständige Strategien? 11/2006
Nr. 55	Wolfgang Bernhardt	(Miss-)Stimmung, Bestimmung und Mitbestimmung Zwischen Juristentag und Biedenkopf-Kommission 11/2006
Nr. 56	Ullrich Heilemann / Annika Blaschzik	Indicators and the German Business Cycle A Multivariate Perspective on Indicators of Ifo, OECD, and ZEW 01/2007
Nr. 57	Ullrich Heilemann	“The Soul of a new Machine” zu den Anfängen des RWI-Konjunkturmodells 12/2006
Nr. 58	Ullrich Heilemann / Roland Schuhr / Annika Blaschzik	Zur Evolution des deutschen Konjunkturzyklus 1958 bis 2004 Ergebnisse einer dynamischen Diskriminanzanalyse 01/2007
Nr. 59	Christine Falken / Mario Schmidt	Kameralistik versus Doppik Zur Informationsfunktion des alten und neuen Rechnungswesens der Kommunen Teil I: Einführende und Erläuternde Betrachtungen zum Systemwechsel im kommunalen Rechnungswesen 01/2007
Nr. 60	Christine Falken / Mario Schmidt	Kameralistik versus Doppik Zur Informationsfunktion des alten und neuen Rechnungswesens der Kommunen Teil II Bewertung der Informationsfunktion im Vergleich 01/2007
Nr. 61	Udo Hielscher	Monti della città di firenze Innovative Finanzierungen im Zeitalter Der Medici. Wurzeln der modernen Finanzmärkte 03/2007
Nr. 62	Ullrich Heilemann / Stefan Wappler	Sachsen wächst anders Konjunkturelle, sektorale und regionale Bestimmungsgründe der Entwicklung der Bruttowertschöpfung 1992 bis 2006 07/2007
Nr. 63	Adolf Wagner	Regionalökonomik: Konvergierende oder divergierende Regionalentwicklungen 08/2007
Nr. 64	Ullrich Heilemann / Jens Ulrich	Good bye, Professir Phillips? Zum Wandel der Tariflohdeterminanten in der Bundesrepublik 1952 – 2004 08/2007
Nr. 65	Gunther Schnabl / Franziska Schobert	Monetary Policy Operations of Debtor Central Banks in MENA Countries 10/2007
Nr. 66	Andreas Schäfer / Simone Valente	Habit Formation, Dynastic Altruism, and Population Dynamics 11/2007
Nr. 67	Wolfgang Bernhardt	5 Jahre Deutscher Corporate Governance Kodex Eine Erfolgsgeschichte? 01/2008
Nr. 68	Ullrich Heilemann / Jens Ulrich	Viel Lärm um wenig? Zur Empirie von Lohnformeln in der Bundesrepublik 01/2008
Nr. 69	Christian Groth / Karl-Josef Koch / Thomas M. Steger	When economic growth is less than exponential 02/2008
Nr. 70	Andreas Bohne / Linda Kochmann	Ökonomische Umweltbewertung und endogene Entwicklung peripherer Regionen Synthese einer Methodik und einer Theorie 02/2008
Nr. 71	Andreas Bohne / Linda Kochmann / Jan Slavik / Lenka Slaviková	Deutsch-tschechische Bibliographie Studien der kontingenten Bewertung in Mittel- und Osteuropa 06/2008
Nr. 72	Paul Lehmann / Christoph Schröter-Schlaack	Regulating Land Development with Tradable Permits: What Can We Learn from Air Pollution Control? 08/2008
Nr. 73	Ronald McKinnon / Gunther Schnabl	China's Exchange Rate Impasse and the Weak U.S. Dollar 10/2008
Nr. 74	Wolfgang Bernhardt	Managervergütungen in der Finanz- und Wirtschaftskrise Rückkehr zu (guter) Ordnung, (klugem) Maß und (vernünftigem) Ziel? 12/2008

Nr. 75	Moritz Schularick / Thomas M. Steger	Financial Integration, Investment, and Economic Growth: Evidence From Two Eras of Financial Globalization 12/2008
Nr. 76	Gunther Schnabl / Stephan Freitag	An Asymmetry Matrix in Global Current Accounts 01/2009
Nr. 77	Christina Ziegler	Testing Predictive Ability of Business Cycle Indicators for the Euro Area 01/2009
Nr. 78	Thomas Lenk / Oliver Rottmann / Florian F. Woitek	Public Corporate Governance in Public Enterprises Transparency in the Face of Divergent Positions of Interest 02/2009
Nr. 79	Thomas Steger / Lucas Bretschger	Globalization, the Volatility of Intermediate Goods Prices, and Economic Growth 02/2009
Nr. 80	Marcela Munoz Escobar / Robert Holländer	Institutional Sustainability of Payment for Watershed Ecosystem Services. Enabling conditions of institutional arrangement in watersheds 04/2009
Nr. 81	Robert Holländer / WU Chunyou / DUAN Ning	Sustainable Development of Industrial Parks 07/2009
Nr. 82	Georg Quaas	Realgrößen und Preisindizes im alten und im neuen VGR-System 10/2009
Nr. 83	Ullrich Heilemann / Hagen Findeis	Empirical Determination of Aggregate Demand and Supply Curves: The Example of the RWI Business Cycle Model 12/2009
Nr. 84	Gunther Schnabl / Andreas Hoffmann	The Theory of Optimum Currency Areas and Growth in Emerging Markets 03/2010
Nr. 85	Georg Quaas	Does the macroeconomic policy of the global economy's leader cause the worldwide asymmetry in current accounts? 03/2010
Nr. 86	Volker Grossmann / Thomas M. Steger / Timo Trimborn	Quantifying Optimal Growth Policy 06/2010
Nr. 87	Wolfgang Bernhardt	Corporate Governance Kodex für Familienunternehmen? Eine Widerrede 06/2010
Nr. 88	Philipp Mandel / Bernd Süsmuth	A Re-Examination of the Role of Gender in Determining Digital Piracy Behavior 07/2010
Nr. 89	Philipp Mandel / Bernd Süsmuth	Size Matters. The Relevance and Hicksian Surplus of Agreeable College Class Size 07/2010
Nr. 90	Thomas Kohstall / Bernd Süsmuth	Cyclic Dynamics of Prevention Spending and Occupational Injuries in Germany: 1886-2009 07/2010
Nr. 91	Martina Padmanabhan	Gender and Institutional Analysis. A Feminist Approach to Economic and Social Norms 08/2010
Nr. 92	Gunther Schnabl / Ansgar Belke	Finanzkrise, globale Liquidität und makroökonomischer Exit 09/2010
Nr. 93	Ullrich Heilemann / Roland Schuhr / Heinz Josef Münch	A "perfect storm"? The present crisis and German crisis patterns 12/2010
Nr. 94	Gunther Schnabl / Holger Zemanek	Die Deutsche Wiedervereinigung und die europäische Schuldenkrise im Lichte der Theorie optimaler Währungsräume 06/2011
Nr. 95	Andreas Hoffmann / Gunther Schnabl	Symmetrische Regeln und asymmetrisches Handeln in der Geld- und Finanzpolitik 07/2011
Nr. 96	Andreas Schäfer / Maik T. Schneider	Endogenous Enforcement of Intellectual Property, North-South Trade, and Growth 08/2011
Nr. 97	Volker Grossmann / Thomas M. Steger / Timo Trimborn	Dynamically Optimal R&D Subsidization 08/2011
Nr. 98	Erik Gawel	Political drivers of and barriers to Public-Private Partnerships: The role of political involvement 09/2011
Nr. 99	André Casajus	Collusion, symmetry, and the Banzhaf value 09/2011
Nr. 100	Frank Hüttner / Marco Sunder	Decomposing $R^2$ with the Owen value 10/2011
Nr. 101	Volker Grossmann / Thomas M. Steger / Timo Trimborn	The Macroeconomics of TANSTAAFL 11/2011

Nr. 102	Andreas Hoffmann	Determinants of Carry Trades in Central and Eastern Europe 11/2011
Nr. 103	Andreas Hoffmann	Did the Fed and ECB react asymmetrically with respect to asset market developments? 01/2012
Nr. 104	Christina Ziegler	Monetary Policy under Alternative Exchange Rate Regimes in Central and Eastern Europe 02/2012
Nr. 105	José Abad / Axel Löffler / Gunther Schnabl / Holger Zemanek	Fiscal Divergence, Current Account and TARGET2 Imbalances in the EMU 03/2012
Nr. 106	Georg Quaas / Robert Köster	Ein Modell für die Wirtschaftszweige der deutschen Volkswirtschaft: Das "MOGBOT" (Model of Germany's Branches of Trade)
Nr. 107	Andreas Schäfer / Thomas Steger	Journey into the Unknown? Economic Consequences of Factor Market Integration under Increasing Returns to Scale 04/2012
Nr. 108	Andreas Hoffmann / Björn Urbansky	Order, Displacements and Recurring Financial Crises 06/2012
Nr. 109	Finn Marten Körner / Holger Zemanek	On the Brink? Intra-euro area imbalances and the sustainability of foreign debt 07/2012
Nr. 110	André Casajus / Frank Hüttner	Nullifying vs. dummifying players or nullified vs. dummified players: The difference between the equal division value and the equal surplus division value 07/2012
Nr. 111	André Casajus	Solidarity and fair taxation in TU games 07/2012
Nr. 112	Georg Quaas	Ein Nelson-Winter-Modell der deutschen Volkswirtschaft 08/2012
Nr. 113	André Casajus / Frank Hüttner	Null players, solidarity, and the egalitarian Shapley values 08/2012
Nr. 114	André Casajus	The Shapley value without efficiency and additivity 11/2012
Nr. 115	Erik Gawel	Neuordnung der W-Besoldung: Ausgestaltung und verfassungsrechtliche Probleme der Konsumtionsregeln zur Anrechnung von Leistungsbezügen 02/2013
Nr. 116	Volker Grossmann / Andreas Schäfer / Thomas M. Steger	Migration, Capital Formation, and House Prices 02/2013
Nr. 117	Volker Grossmann / Thomas M. Steger	Optimal Growth Policy: the Role of Skill Heterogeneity 03/2013
Nr. 118	Guido Heineck / Bernd Süßmuth	A Different Look at Lenin's Legacy: Social Capital and Risk Taking in the Two Germanies 03/2013
Nr. 119	Andreas Hoffmann	The Euro as a Proxy for the Classical Gold Standard? Government Debt Financing and Political Commitment in Historical Perspective 05/2013
Nr. 120	Andreas Hoffmann / Axel Loeffler	Low Interest Rate Policy and the Use of Reserve Requirements in Emerging Markets 05/2013
Nr. 121	Gunther Schnabl	The Global Move into the Zero Interest Rate and High Debt Trap 07/2013
Nr. 122	Axel Loeffler / Gunther Schnabl / Franziska Schobert	Limits of Monetary Policy Autonomy and Exchange Rate Flexibility by East Asian Central Banks 08/2013
Nr. 123	Burkhard Heer / Bernd Süßmuth	Tax Bracket Creep and its Effects on Income Distribution 08/2013
Nr. 124	Hans Fricke / Bernd Süßmuth	Growth and Volatility of Tax Revenues in Latin America 08/2013
Nr. 125	Ulrich Volz	RMB Internationalisation and Currency Co-operation in East Asia 09/2013
Nr. 126	André Casajus / Helfried Labrenz	A property rights based consolidation approach 02/2014
Nr. 127	Pablo Duarte	The Relationship between GDP and the Size of the Informal Economy: Empirical Evidence for Spain 02/2014
Nr. 128	Erik Gawel	Neuordnung der Professorenbesoldung in Sachsen 03/2014
Nr. 129	Friedrun Quaas	Orthodoxer Mainstream und Heterodoxe Alternativen Eine Analyse der ökonomischen Wissenschaftslandschaft 04/2014
Nr. 130	Gene Callahan / Andreas Hoffmann	The Idea of a Social Cycle 05/2014

Nr. 131	Karl Trela	Klimaanpassung als wirtschaftspolitisches Handlungsfeld 06/2014
Nr. 132	Erik Gawel / Miquel Aguado	Neuregelungen der W-Besoldung auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand 08/2014
Nr. 133	Ulf Papenfuß / Matthias Redlich / Lars Steinhauer	Forschend und engagiert lernen im Public Management: Befunde und Gestaltungsanregungen eines Service Learning Lehrforschungsprojektes 10/2014
Nr. 134	Karl Trela	Political climate adaptation decisions in Germany - shortcomings and applications for decision support systems 11/2014
Nr. 135	Ulf Papenfuß / Lars Steinhauer / Benjamin Friedländer	Beteiligungsberichterstattung der öffentlichen Hand im 13-Länder-Vergleich: Erfordernisse für mehr Transparenz über die Governance und Performance öffentlicher Unternehmen 02/2015
Nr. 136	Gunther Schnabl	Japans Lehren für das Schweizer Wechselkursdilemma 02/2015
Nr. 137	Ulf Papenfuß / Christian Schmidt	Determinants of Manager Pay in German State-Owned Enterprises and International Public Policy Implications: 3-Year Study for Sectors, Performance and Gender 02/2015
Nr. 138	Philipp Mandel / Bernd Süßmuth	Public education, accountability, and yardstick competition in a federal system 05/2015
Nr. 139	Gunther Schnabl	Wege zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Geldpolitik aus österreichischer Perspektive 06/2015
Nr. 140	Ulf Papenfuß / Matthias Redlich / Lars Steinhauer / Benjamin Friedländer	Forschend und engagiert lernen im Public Management: Befunde und Gestaltungsanregungen eines Service Learning Lehrforschungsprojektes – 2. aktualisierte Auflage 08/2015
Nr. 141	Friedrun Quaas / Georg Quaas	Hayeks Überinvestitionstheorie 10/2015
Nr. 142	Bastian Gawellek / Marco Sunder	The German Excellence Initiative and Efficiency Change among Universities, 2001-2011 01/2016
Nr. 143	Benjamin Larin	Bubble-Driven Business Cycles 02/2016
Nr. 144	Friedrun Quaas / Georg Quaas	Effekte des Kapitalmarktzinseszinses auf die Preis- und Produktivitätsentwicklung Eine Analyse der deutschen Volkswirtschaft 1970-2014 02/2016
Nr. 145	Thomas Lenk / Matthias Redlich / Philipp Glinka	Nachhaltige Stadtfinanzen - Akzeptanzsteigerung der bürgerschaftlichen Beteiligung an der Haushaltsplanung 02/2016
Nr. 146	Michael von Prollius / Gunther Schnabl	Geldpolitik, Arabellion, Flüchtlingskrise 10/2016
Nr. 147	David Leuwer / Bernd Süßmuth	The Exchange Rate Susceptibility of European Core Industries, 1995-2010 05/2017
Nr. 148	Gunther Schnabl	Monetary Policy and Wandering Overinvestment Cycles in East Asia and Europe 05/2017
Nr. 149	Ullrich Heilemann / Karsten Müller	Wenig Unterschiede – Zur Treffsicherheit internationaler Prognosen und Prognostiker 07/2017
Nr. 150	Gunther Schnabl / Sebastian Müller	Zur Zukunft der Europäischen Union aus ordnungspolitischer Perspektive 10/2017
Nr. 151	Gunther Schnabl	Ultra-lockere Geldpolitiken, Finanzmarktblasen und marktwirtschaftliche Ordnung 10/2017
Nr. 152	Pablo Duarte / Bernd Süßmuth	Implementing an approximate dynamic factor model to nowcast GDP using sensitivity analysis 02/2018
Nr. 153	Sophia Latsos	Real Wage Effects of Japan's Monetary Policy 03/2018
Nr. 154	Gunther Schnabl / Klaus Siemon	Die EU-Insolvenzrichtlinie zu vorinsolvenzlichen Verfahren aus ordnungspolitischer Perspektive The EU Directive on Preventive Restructuring Frameworks from a Ordoliberal Perspective 07/2018
Nr. 155	Marika Behnert / Thomas Bruckner	Cost effects of energy system stability and flexibility options – an integrated optimal power flow modeling approach 09/2018
Nr. 156	Gunther Schnabl	70 Years after the German Currency and Economic Reform: The Monetary, Economic and Political Order in Europe is Disturbed 10/2018
Nr. 157	Wolfgang Bernhardt	Corporate Governance und Compliance Bunte Streiflichter 2018 11/2018

Nr. 158	Friedrun Quaas	Der spezifische Liberalismus von Hayek im Spektrum des Neoliberalismus 01/2019
Nr. 159	Sophia Latsos	The Low Interest Policy and the Household Saving Behavior in Japan 03/2019
Nr. 160	Gunther Schnabl	Die Verteilungseffekte der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und deren Einfluss auf die politische Stabilität 06/2019
Nr. 161	Wolfgang Bernhardt	Zum neuen Meinungsstreit über die deutsche Einheit, die Treuhandanstalt, Wahrheits- und Versöhnungskommissionen und Ost-Fürsorge: 07/2019